KATHOLISCHE ARBEITNEHMER-BEWEGUNG

IMPULS

ZEITUNG DER BEWEGUNG FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT 04 | 2016

RIO BEWEGT.UNS. Mehr als nur dabei sein
Seite 9

BUNDESWEITER AKTIONSTAG 17. SEPTEMBER / KAB-BUNDESLEITUNG RUFT ZUR BETEILIGUNG AN DEMOS AUF

„Abkommen stellt nur Wirtschaft in Mittelpunkt"

„Eine Wirtschaft, die weltweit Gerechtigkeit organisiert, ist unsere Wirtschaft nicht! Denn diese Wirtschaft kennt keine Grenzen" hob KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann auf der Kundgebung gegen die Freihandelsabkommen CETA und TTIP in Leipzig hervor.

Mit großer KAB-Beteiligung fand die Kundgebung zu den Freihandelsabkommen während des 100. Katholikentages in Leipzig statt. Foto: Matthias Rabbe

Inmitten des 100. Katholikentages erinnerte der KAB-Vorsitzende an die Worte Papst Franziskus, der eine Wirtschaft, die sich gegen den Großteil der Menschen richtet, verurteilt. „Spätestens wenn wir alle Ressourcen unseres Planeten völlig ausgebeutet haben, werden wir feststellen, dass unsere Wirtschaftsweise tötet", so Luttmer-Bensmann. Mit großer Beteiligung am Demonstrationszug durch die Leipziger Innenstadt während des Katholikentages machte die KAB deutlich, dass sie sich für eine nachhaltige und sozial gerechte Wirtschaft stark macht. „Gut wirtschaften stellt den Mensch und die Natur in den Mittelpunkt!", so der KAB-Chef, der eine demokratische, rechtstaatliche und faire Wirtschaft fordert, die die Länder des Südens nicht ausgrenzt und ausbeutet, sondern beteiligt und Arbeitnehmer- und Schutzrechte weltweit umsetzt.

AUFRUF DER BUNDESLEITUNG

„Wir wenden uns gegen Freihandelsabkommen, die nicht den Mensch, sondern allein die Wirtschaft in den Mittelpunkt stellen", erklärte Luttmer-Bensmann unter großem Beifall der über 2000 Kundgebungsteilnehmer in der Messestadt Leipzig.
Die KAB Deutschlands, die im Bündnis gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA aktiv ist, ruft die Frauen und Männer in der KAB auf, sich an den bundesweiten Demonstrationen am 17. September zu beteiligen. Direkt werden sich die KAB Landesverbände Nordrhein-Westfalen sowie Baden-Württemberg und Bayern an den Großdemonstrationen in Köln, Stuttgart, Frankfurt und München beteiligen.

VOLKSBEGEHREN IN BAYERN UND NRW

Zudem wird es weitere Kundgebungen am 17. September in Hamburg, Berlin und Leipzig geben. In Bayern und Nordrhein-Westfalen beteiligt sich die KAB zudem an Volksbegehren gegen das Freihandelsabkommen CETA, dass zur Unterzeichnung ansteht. Die EU-Kommission versucht das Abkommen ohne die Zustimmung der einzelnen EU-Staaten umzusetzen. Die Volksbegehren kämpfen, dass der „Bundesrat per Volksentscheid zur Ablehnung des Freihandelsabkommens verpflichtet wird". In Bayern gehören zu den Initiatoren der Bund Naturschutz in Bayern, Initiative Campact, die Landesarbeitsgemeinschaft der KAB Bayerns, Mehr Demokratie Bayern und das Umweltinstitut München. „Wir werden uns an der Unterschriftensammlung quer über die Diözesanverbände in Bayern beteiligen", kündigte der Augsburger KAB-Diözesansekretär Peter Ziegler an, der die KAB im Bayerischen Bündnis vertritt.
Mehr Infos unter www.kab.de

„Arbeiter zahlen für Brexit-Entscheidung!"

Europa-Experte Wienen: Camerons Innenpolitik hat Europa gespalten

„Der Austritt hat für Millionen von britischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erhebliche Verschlechterungen. Für zahlreiche EU-Rechte, wie bezahlter Jahresurlaub, Mindestbedingungen für Leiharbeit, Arbeitszeitbegrenzung, Elternzeit gibt es jetzt in Großbritannien keine Garantie mehr", erklärte Wilfried Wienen, Leiter des Europabüros der KAB.
Alles kommt nun auf die Austrittsverhandlungen an. Fällt die EU-Freizügigkeit, drohen strenge Regeln für Arbeitnehmer. Menschen aus Nicht-EU-Ländern haben in Großbritannien nur dann Chancen auf ein Arbeitsvisum, wenn sie hoch qualifiziert sind und vergleichsweise viel verdienen. Mehr als zwei Millionen Menschen aus EU-Staaten verdienen ihr Geld in Großbritannien. Zudem sind nun tausende Arbeitsplätze in Gefahr, meint Wienen. Dies befürchten auch viele Europapolitiker. „In den vergangenen acht Stunden hat Großbritannien 350 Milliarden Dollar verloren. Das ist eine größere Summe, als das Land in den vergangenen Jahren zum EU-Budget beigetragen hat – inklusive aller Abzüge", erklärte der ehemalige Premierminister Belgiens und EU-Parlamentsmitglied Guy Verhofstadt am Freitag nach der Entscheidung. Das „Leave-Lager" um den Populisten Boris Johnson und dem UKIP-Parteichef Nigel Farage hatten versprochen, die Einsparungen der Zahlung in Höhe von 350 Millionen Pfund an die EU ins Gesundheitssystem zu investieren. Von all den Versprechungen und Lügen ist nicht viel geblieben. Die Wahrheit ist, dass diese Zahl nie stimmte und nun niemand mehr garantieren will, dass wirklich so viel Geld ins Gesundheitssystem fließen wird.
KAB-Europa-Experte Wienen machte für dieses europäische Desaster den britischen Premierminister David Cameron verantwortlich. Er habe seine Macht bei den konservativen Tories damit erkauft, in dem er ihnen ein Referendum zum EU-Austritt versprochen hat. Noch im Februar diesen Jahres haben die Staats- und Regierungschefs der EU dem britischen Premierminister erhebliche Zugeständnisse gemacht, die Cameron als Druckmittel eingesetzt hatte, um die Briten für einen Verbleib in der EU zu überzeugen", erklärt Wienen, der den sofortigen Rücktritt des Premierministers einforderte. Doch der Rücktritt und damit die sichere Gestaltung des Austritts könne sich bis zum Parteitag der Tories hinziehen. „Arbeiter und Wirtschaft brauchen aber Sicherheit!"

Ethische Grundsätze zu TTIP

EU-Bischöfe fordern klare Regeln für Freihandel

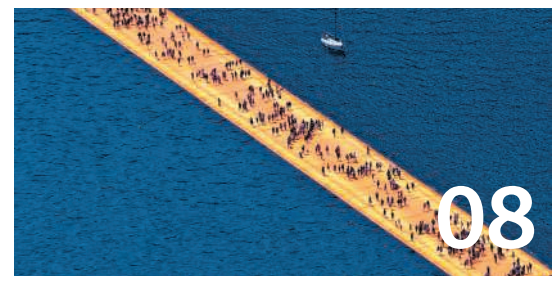
Freihandel kann nur dann von Vorteil sein, wenn er eine gerechte Teilhabe aller Menschen an den Gütern dieser Erde fördert und zum Abbau von Ungleichheit und Ungerechtigkeit beiträgt. Mit dieser deutlichen Stellungnahme zu den derzeit umstrittenen Freihandelsabkommen TTIP, TiSA und CETA äußert sich die Kommission der Europäischen Bischöfe (COMECE) erstmals in ihrer Geschichte zu wirtschaftspolitischen Themen.
Nachdem bereits Papst Franziskus vor dem EU-Parlament zur Flüchtlings- und Wirtschaftspolitik der EU sich geäußert hat, stellen die Bischöfe nun neun ethische Grundsätze auf der Grundlage der Katholischen Soziallehre. Mit dem Prinzip der Teilhabe und Mitsprache an Entscheidungen kritisieren die Bischöfe indirekt die Intransparenz der Verhandlungen. Weiterhin müsse an den Prinzipien der Nachhaltigkeit und der Vorsorge festgehalten werden. Der Schutz der Arbeitnehmer und ihrer Familien müsse genauso beachtet werden wie die nachhaltige Entwicklung der ärmsten Länder und die Bewahrung der Schöpfung, so die beiden Präsidenten der Kommission Erzbischof Joseph Edward Kurtz und Erzbischof Reinhard Kardinal Marx.
Dass sich die Kommission der Europäischen Bischöfe erstmals mit einer Stellungnahme äußert, unterstreicht die Dringlichkeit, auf die Verhandlungsführer und das Verhandlungsergebniss Einfluss zu nehmen. Denn betroffen seien nicht nur eine Milliarde Menschen in den USA und Europa, sondern die Abkommen haben auch eine große Wirkung auf nicht beteiligte Drittstaaten, so Kardinal Marx.

GRUNDEINKOMMEN ABGELEHNT

Trotz Ablehnung hat die Schweizer Abstimmung für eine breite europaweite Diskussion gesorgt.

KAB AUF DEM KATHOLIKENTAG

Diskussionen,Verbändecafé und Sinn-Zelt sorgten für Interesse an der KAB beim 100. Katholikentag.



WIE JESUS AUFM GENEZARETH-SEE

Christo-Installation in Italien begeisterte Millionen, die übers Wasser gehen wollten.

cyan magenta yellow schwarz

Der Brexit des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union war ein Schock. Ein Schock für jene, die für den Verbleib geworben und gestimmt haben, aber auch für jene Ausstiegsbefürworter, die mit Unwahrheiten, falschen Versprechungen und Polemik für die negative Europa-Stimmung gesorgt haben.

Brexit und Schock zeigen, worauf unser Europa fußt: auf Wettbewerb und Solidarität.

Im wirtschaftlichen Wettbewerb will jedes Land seinen Vorteil erreichen, ob mit steuerlichen Anreizen, niedrigen Lohnkosten, Standortvorteilen oder vertraglichen Vergünstigungen, die bestimmte Wirtschaftsbereiche bevorzugen. Was in den 1950er-Jahren als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) begann, hat zwar Frieden, Freiheit und ein bestimmtes Maß an Sicherheit gebracht, doch die notwendige Solidarität und das Bewusstsein, Europäer zu sein, haben weder die Politik noch das gemeinsame Zahlungsmittel Euro erreicht.

Dass die Solidarität zudem an unserer europäischen Verantwortung für die vor Hunger und Krieg fliehenden Menschen scheiterte, ist traurig und erschreckend. Zu schnell können derzeit politische Demagogen und fremdenfeindliche Hetzer die Hoheit über die Ängste der Menschen in Europa gewinnen. Für uns Christ*innen ist dies Auftrag genug, diesem Treiben in Europa Glaube, Liebe und Hoffnung sowie unser christliches solidarisches Menschenbild entgegenzusetzen.

Ihre Redaktion

Matthias Rabbe

IMPRESSUM

110. Jahrgang, Hrsg.
KAB Deutschlands

Redaktion und Vertrieb
Matthias Rabbe (verantw.),
Iris Koglin
Telefon (02 21) 77 22-1 31
Fax (02 21) 77 22-1 35
Bernhard-Letterhaus-Straße 26
50670 Köln
kab-impuls@ketteler-verlag.de

Ketteler-Verlag GmbH
Geschäftsführer: Alois Nock
Amtsgericht Köln, HRB 34678
Bernhard-Letterhaus-Straße 26
50670 Köln

Gesamtherstellung Heider Druck
Heider Druck GmbH
Bergisch Gladbach

Anzeigen und Beilagen
Joh. Heider Verlag GmbH
Eva-Maria Schleder
E-Mail: schleder@heider-medien.de

Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Auflage: 100.000

Für Termine keine Haftung.
Der nächste KAB-Impuls erscheint am 22.September 2016

Letzter Versandtag:
26. September 2016

ISSN 1434-4386
www.ketteler-verlag.de

SCHWEIZER VOLKSABSTIMMUNG GESCHEITERT / DISKUSSION BEIM KATHOLIKENTAG

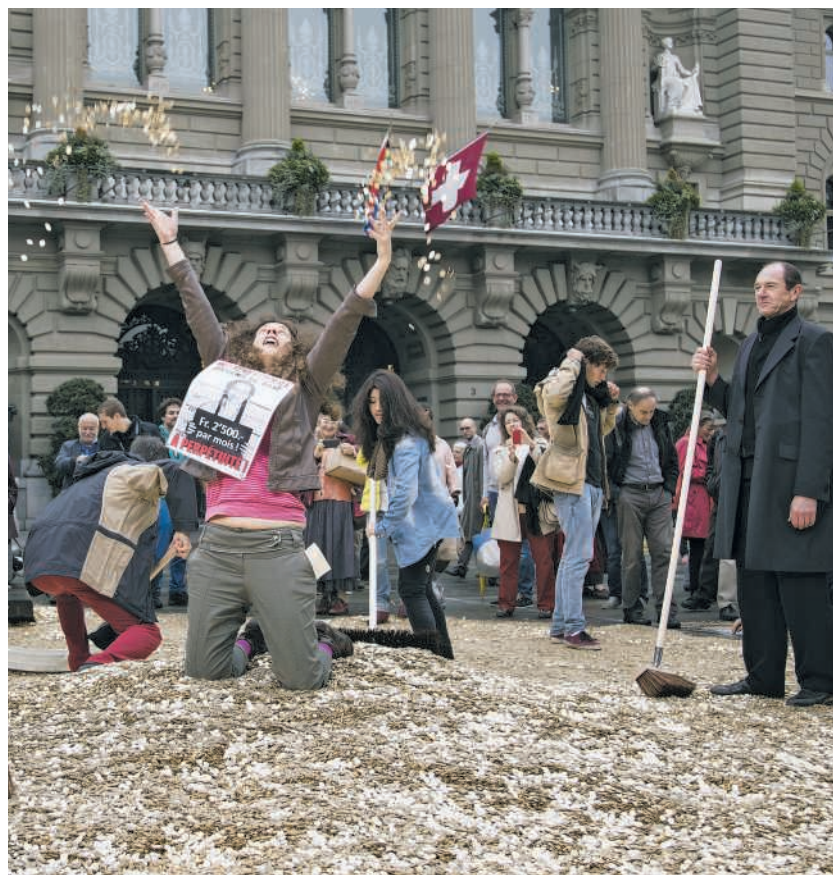
Ökosteuer finanziert Grundeinkommen

Fast 23 Prozent der Schweizer*innen haben sich in einer Volksabstimmung für ein bedingungsloses Grundeinkommen ausgesprochen. Auch wenn die Initiative gescheitert ist, hat die Volksabstimmung auch in Deutschland eine breite Debatte ausgelöst.

„Angesichts der Jugendarbeitslosigkeit in Europa und der steigenden Kinder- und Altersarmut in Deutschland muss das oberste Ziel sein: Arbeit und Sicherheit für alle!“, so Matthias Blöcher. Dies könne mit einem Grundeinkommen, das die Existenz eines jeden Menschen sichert, erreicht werden, da nicht nur die Erwerbsarbeit einen anderen gesellschaftlichen Stellenwert erreicht, sondern alle Formen menschlicher Arbeit aufgewertet werden.

Für KAB-Grundeinkommensexperte Blöcher ist das christliche Menschenbild Grundlage für eine garantierte Existenzsicherung, die jedem Menschen Dasein und Teilhabe ohne Repressionen und Vorbedingungen ermögliche. „Wichtig sei“, so KAB-Referent Blöcher, „dass Zugang zur Erwerbsarbeit und eine gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Reichtum und Fortschritt garantiert wird.“ Bereits beim 100. Katholikentag in Leipzig hatte Blöcher in einer Podiumsdiskussion mit dem Oldenburger Sozialwissenschaftler und selbst ernannten „konkreten Utopist“ Dr. Ulrich Schatzschneider und dem Gewerkschafter Matthias Schweitzer für ein Grundeinkommen geworben.

Die Trennung der traditionellen Verbindung zwischen Arbeit und Einkommen war auch für die Schweizer Initiatoren ein wichtiger Grund. „Damit verbunden sei oft die Frage, ob Menschen arbeiten, wenn sie keinen Sinn darin sehen oder ob der Mensch von Natur aus faul ist“, fragte Thomas Wallimann-Sasaki vom Sozialinstitut der KAB Schweiz im Vorfeld der Abstimmung. „Die Initiative ist visionär und zeigt, dass ganz anders über Arbeit und Leben gedacht werden kann. Sie erinnert daran, dass Arbeit, Leben und Sinn zusammengehören und viele Entwicklungen unserer Arbeits- und Wirtschaftswelt an den Menschen vorbei zielen.“



Acht Millionen Rappen-Stücke im Wert von 400.000 Franken kippte die Volksinitiative „Grundeinkommen" zum Auftakt symbolisch auf den Bundesplatz in Bern. Foto: dpa

REICHE ZAHLEN MEHR ÖKOSTEUER

Auch am KAB-Stand in Leipzig hatte der Diözesanverband Köln mit Katholikentagsbesuchern für eine Einführung geworben. „Dem Großteil der befragten Menschen geht es darum, auf der Basis einer gesicherten Existenz unbeschwert der Erwerbs-, Gesellschafts- und Privatarbeit nachgehen zu können“, resümiert Diözesansekretär Winfried Gather die gelungene Aktion.

Sozialwissenschaftler Schatzschneider verknüpft das Grundeinkommen nicht nur mit sozialer Gerechtigkeit und dem Kampf gegen Armut, sondern auch mit Ökologie und einer nachhaltigen Wirtschaft. Eine große Rolle spielt in seinem Modell die Finanzierung, die an den Verbrauch von Ressourcen gekoppelt ist. Diese Ökosteuer, erklärt Schatzschneider, müsse stufenweise auf jeglichen Konsum erhoben werden, um einerseits alternative Technologien und Konsum zu entwickeln und somit Ressourcen zu schonen und andererseits weniger Konsum zu generieren. „Reiche müssten, da sie mehr konsumieren, somit mehr Ökosteuer zahlen und würden zur Umverteilung stärker beitragen. Bereits eine Erhöhung der jetzigen Ökosteuer um 50 Prozent ermöglicht die Finanzierung eines Grundeinkommens bis zu 800 Euro“, hat Schatzschneider errechnet. Sein Modell zielt auf die Senkung des Verbrauchs. Ihm geht es darum, ein gutes Leben statt viel zu haben. „Postwachstum“, so der Sozialwissenschaftler, „braucht ein Grundeinkommen“.

KINDERGRUNDSICHERUNG GEGEN ARMUT

Die KAB setzt sich im bundesweiten „Netzwerk Grundeinkommen“ für eine Kindergrundsicherung aus. „Als Christen können wir nicht hinnehmen, dass immer mehr Kinder in Armut aufwachsen und somit von wichtigen Teilhabemöglichkeiten ausgeschlossen werden“, betonte KAB-Referent Matthias Blöcher.

LESERBRIEFE

Umweltprivilegiertes Rentnerleben

zu: „Solidarische Sicherung statt Altersarmut“, in Impuls 3/2016

Bei der Diskussion um den späteren Renteneintritt wird übersehen, dass die Restlebenszeit, und damit inklusive der gesunden Lebensjahre, nur für sogenannte Umweltprivilegierte hoch ist. Umweltprivilegiert ist, wer entsprechend der Richtwerte der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gute Wohnverhältnisse, gute Arbeit und damit ein gesünderes Leben hat. Sozial schlechter gestellte Menschen sind von Umweltproblemen vielfach stärker betroffen als sozial Bessergestellte. Hintergrund dazu ist eine deutsche Studie (umwelt-medizin-gesellschaft 1/2016, S.32 – 34), in der aufgezeigt wird, dass – bezogen auf die Altersrekorde – durch schlechte Umwelt und sozialer Umgebung ein Lebensverlust von zehn Jahren bedeuten kann.

Karl Ross, Würzburg

Geld reicht nicht für hohe Rente von morgen

Wenn heute über Änderungen im Rentenmodell diskutiert wird, darf nicht vergessen werden, dass unser heutiges System als Generationenvertrag konzipiert wurde. Das bedeutet, dass die arbeitenden Beschäftigten und ihre Arbeitgeber die Rentner und Pensionäre versorgen.

Wer in der Schule im Rechenunterricht aufgepasst hat, kann nachvollziehen, dass das Geld in Zukunft für eine hohe Rente bzw. Pension nicht reichen kann, weil immer später ins Arbeitsleben eingetreten wird und nach Beendigung des Arbeitslebens deutlich länger gelebt wird. Entweder müssen die Beiträge der Zahler drastisch erhöht werden oder das Renteneintrittsalter muss weiter angehoben werden oder die Renten müssen gekürzt werden.

Bedauerlicherweise hat in den letzten Jahren der Anteil der Arbeitnehmer, die sich der beabsichtigten Solidarität entzogen haben, enorm zugenommen. Ich meine damit nicht in erster Linie die Berufsgruppen, die eigene Versorgungssysteme aufgebaut haben und der Solidargemeinschaft damit nicht schaden, sondern die Menschen, die – ob beabsichtigt oder nicht – keine zukünftigen Beitragszahler in die Welt gesetzt haben.

Diese Personen haben im Grunde genommen niemanden, der ihre Rente bezahlt. Sie hätten jedoch ihre Altersversorgung spielend selbst finanzieren können.

Dieser Entzug innerhalb unseres Solidaritätswesens wurde bisher auch von der KAB noch nicht thematisiert. Ich schlage daher vor, dass im KAB-Verband vor allen anderen Forderungen zunächst Vorschläge diskutiert und erarbeitet werden, die diese Ungerechtigkeit bei zukünftigen Rentenreformen mit berücksichtigt.

Edmund Brudlo, E-Mail

Freihandelsabkommen – Total verrückt!?

zu: „KAB-Beteiligung an Kundgebung zu Obama-Besuch“, in Impuls 3/2016

Ja sind denn die Verantwortlichen, die den Menschen dieses TTIP (Transatlantisches Freihandelsabkommen) aufbürden, ja aufdrängen wollen, total verrückt?! Es sollen Gesamtstandards gesichert werden und man will den Abbau von Handelshemmnissen erreichen. Ist es wirklich so? Geht es nicht darum, dass die Wirtschaft das alleinige Sagen hat. Was ist mit den sogenannten Schiedsgerichten. Staaten können von Konzernen (mächtige Großunternehmen) von den sogenannten „Gerichten“ verklagt werden. Es geht um unvorstellbare Entschädigungssummen. Wer zahlt im Endeffekt? Die Bürgerinnen und Bürger. Wird da nicht die nationale Gerichtsbarkeit ausgehebelt? Was ist mit dem sehr wichtigen Verbraucherschutz? Braucht man ihn dann noch; hält man sich an vorgegebene und erstrittene Verbraucherkriterien. Wie schaut es aus mit dem Tierschutz? Auch unsere Tiere sind Lebewesen oder sind sie nur Waren? Irgendwie seltsam, warum man seit drei Jahren so geheimnisvoll verhandelt und fast NICHTS nach Außen kommt. Wenn man nichts zu verheimlichen hat, kann man doch die Öffentlichkeit mit einbeziehen. Warum lässt man die Menschen nicht abstimmen, warum sagt man nicht die Wahrheit?

Weil man es nicht will. Demokratie ja, bloß bei TTIP nicht. Die Wirtschaft hat das Sagen, die Politik wird aufs Abstellgleis geschoben, wie so oft. Hat die Politik eigentlich noch ein Mitspracherecht oder sind die Volksvertreterinnen und Volksvertreter nur noch Zaungäste bei diesem „bösen“ Spiel. Die Bürgerinnen und Bürger wollen sich das nicht mehr gefallen lassen, gehen daher auf die Straße und wehren sich. Bringt es was? Zum Schluss ein Zitat, das passen könnte: „Es gibt kein Verbrechen, keinen Kniff, keinen Trick, keinen Schwindel, kein Laster, das nicht von Geheimhaltung lebt.“

Wolfgang Göllner, E-Mail

Wirtschaft braucht TTIP

zu: „Kommentar“, in Impuls 3/2016

„Wie kommt Impuls dazu zu behaupten, dass der Handel und die Wirtschaft TTIP nicht braucht“. Ich war bei einer Veranstaltung im Stuttgarter Haus der Wirtschaft und erfuhr genau das Gegenteil. Außerdem ließ ich mich von unserem Abgeordneten über deren Informationen unterrichten. Dabei erfuhr ich ebenfalls das Gegenteil von dem, was Sie im Kommentar schreiben. Sie oder Greenpeace haben sicher auch die Informationen der Abgeordneten Peter Beyer und Jürgen Hardt. Darin steht, dass die Abgeordneten sehr wohl über den Stand der Verhandlungen informiert sind. Schade um Ihren Pessimismus, aber die Wahrheit sollten Sie wahr sein lassen.

Rudi Schwarz, Leinefelden

Was „Gute Pflege“ wirklich braucht!

Gute Pflege und gute Arbeitsbedingungen in der Pflege sind zwei Seiten einer Medaille.

Dies wurde durch das Engagement der Pflegekräfte wie smartmobs „Pflege am Boden“, KAB Unterschriftenaktion „Mehr Hände für die Pflege“, Personalcheck Pflege ver.di, öffentlich so deutlich gemacht, dass zum Beispiel die Enquetekommission Pflege in Baden-Württemberg gar nicht anders konnte, als sich zuallererst mit den Arbeitsbedingungen in der Pflege zu beschäftigen. Und aus dem Bundesgesundheitsministerium ist zu hören, dass die Arbeitsbedingungen in der Pflege in der nächsten Legislaturperiode in den Fokus kommen.
Wir in der KAB dürfen uns diesen Erfolg mit auf unsere Fahne schreiben. Diese Priorität war keineswegs von vorneherein gegeben. Auch während der Sitzungen der Kommission waren wir präsent. Nun bleiben wir dran, und fordern, die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission in Politik umzusetzen. Erste Auswirkungen sind, betriebliche Bemühungen, Arbeitszeitmodelle so zu gestalten, dass „Einspringen am freien Tag“ überflüssig werde. Und Mitarbeitervertretungen sehen sich gestärkt, erneut um Zuschläge für Bereitschaftsdienste zu verhandeln.

BEWEGUNG HAT ERFOLG

Bundespolitisch sind aus Arbeitnehmersicht zentrale Erfolge zu nennen. So können Tariflöhne nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden. Die Einrichtungen müssen eben klug verhandeln. Im Pflegestärkungsgesetz II wird zwar eine analytische Personalbemessung „verordnet“, doch im Gespräch mit regionalen Abgeordneten gewinnt man den Eindruck, nicht alle wissen, was hier verabschiedet wurde. So ist die Zeitschiene viel zu lang! Pflegekräfte, die 2013 beim ersten Smartmob mitwirkten, werden 2020 dem Beruf schon den Rücken gekehrt haben. Uns in der KAB war von Beginn an wichtig bei der Aktion „Mehr Hände für die Pflege“ die Forderung „Fachkraftquote 60 Prozent“ zu verbinden. Wohlwissend, dass die vielerorts unterlaufen wird. Doch die Zielrichtung ist wichtig: Pflege ist hochwertige, qualifizierte Arbeit! Auch hier zeigt unser Engagement Spuren, die Fachkraftquote wird nicht aufgegeben. Bei einer Erhöhung sind wir noch nicht. In Baden-Württemberg kann die Fachkraftquote in Einzelfällen sogar abgesenkt werden. Wichtig aber ist, dass Arbeitnehmer klar machen: Wir schauen dem Gesetzgeber auf die Finger. Die Betreuungskräfte sind in diesem Zusammenhang ein wunder Punkt: einerseits scheint jede Entlastung hilfreich, andererseits wird die Organisation, die Hiflskräfte einzuteilen, immer aufwendiger. Und viele der Pflegekräfte lehnen diese Art der Aufteilung ihrer ursprünglich ganzheitlichen Arbeit ab. Als KAB sprechen wir uns für die Erhöhung der Fachkraftquote aus.

PFLEGEFINANZIERUNG IM BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Im Hinblick auf die Bundestagswahl muss über die solidarische und nachhaltige Finanzierung der Pflege diskutiert werden. Beim Geld wird es ernst mit der Frage: Was ist uns Pflegearbeit wert? oder „Was bedeutet die Teilkasko-Pflege?“ Bis dahin setzen wir uns für steuerfinanzierte Sofortmaßnahmen ein, damit Personalkostenzuschüsse finanziert werden, zur Aufstockung des Personals. Einrichtungen, die nachweislich Tariflöhne zahlen, sollen diese bekommen.
Als kirchliche Bewegung für soziale Gerechtigkeit, stünde es uns gut an, mit Aktionen der Caritas zu etwas platziert werden. Zum Beispiel: im Treffpunkt wird die Idee genannt, warum gibt es bei uns nicht drei Gesundheitstage für langjährig in der Pflege Beschäftigte? Diese Idee wird bei der lokalen Aktion am internationalen Tag der Pflege 2016 im Nachklang bei der AOK platziert, durch Bezirksräte, die mit Foto und Begleitschreiben informiert wurden. Wir in der KAB müssen begreifen, dass in der konkreten, kleinen Aktion vor Ort immer das „Ganze“ steckt. Außerdem sollten wir uns viel ernster nehmen in dem, was wir bewegen könnten.
Das beeindruckendste Beispiel wie wir als KAB wirken können, war anlässlich der DEMO in Stuttgart, letztes Jahr

Generalisierung bedeutet eine gemeinsame Pflegeausbildung mit Kindern, Kranken, Alten oder Behinderten. Foto: dpa

Das Thema Fachkraftquote ist ein Beispiel, wie man durch öffentliche Diskussion die Meinungsbildung sehr wohl beeinflussen kann. Anfangs hieß es: „Ihr spinnt, die Fachkraftquote ist nicht mehr zu halten“. Als wir dranblieben, zeigt sich, dass Einrichtungen, die gute Arbeit liefern, tatsächlich bei einer Fachkraftquote von 60 Prozent liegen.
Schwung in Richtung Tarifverträge zu verhelfen.
Arbeitnehmer/-innen in der Pflege brauchen primär Plattformen mittels derer sie sich selbst zu Wort melden, Plattformen mittels derer sie zur Aktivität finden, und Formen, die ihnen entsprechen. Dann erfahren sie, wie durch verbandliche Wege ihre eigenen Forderungen weiter getragen und am internationalen Tag der Pflege. Durch Koordinationsarbeit und gute Kontakte konnte die KAB als Verbindung wirken zwischen der gewerkschaftskritischen Bewegung ‚Pflege am Boden‘ und ver.di. und so wertvolle politische Arbeit leisten.
Maria Sinz, Pflegeexpertin im KAB Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart

Gestärkte Pflege?

Mit der Aktion „Pflege am Boden“ macht die KAB Rottenburg-Stuttgart bundesweit auf die Situation der Pflegekräfte aufmerksam. Mittlerweile wird mit dem Pflegestärkungsgesetz I und II ein Pflegevorsorgefonds eingerichtet, in den jährlich über eine Milliarde Euro an Rücklagen fließen soll. Mehr Leistungen, eine höhere Flexiblität sowie die Unabhängigkeit des Eigenanteils von der Pflegestufe verspricht das Stärkungsgesetz. Die Umstellung auf das neue System bedeutet Mehrarbeit für die Pflegekräfte, meint Friederike Müller vom Bamberger Caritasverband der Erzdiözese Bamberg. Ohne Zusatzstunden müsse ein bürokratischer Mehraufwand mit Schulung, neuen EDV-Programmen und Begutachtungen geleistet werden. „Wir haben nicht mehr personelle Resourcen“, klagt Caritas-Frau Müller.

Bis zum Umfallen

Pflegekräfte sind starken psychischen Belastungen ausgesetzt. Besonders in der Altenpflege sind die Belastungen hoch, zwei Drittel der Pflegenden hat Schlafstörungen und andere psychovegetative Beschwerden. Um Personal aufzustocken, soll bis 2020 ein Verfahren für eine einheitliche Personalbemessung vorgelegt werden. Erst dann soll untersucht werden. Die heutigen Pflegekräfte kommen nicht mehr in den Genuss guter Arbeit. In der Altenpflege verlassen im Schnitt nach acht Jahren, in der Krankenpflege nach spätestens 13 Jahren Pflegekräfte ihren Beruf. Pflegekräfte fehlen im Schnitt 26,7 Tage wegen Krankheit, rund acht Tage mehr als der Durchschnitt. Der KAB-Bundesausschuss beschloss, sich für einen „angemessenen Personalschlüssel“ einzusetzen. Dieser „sollte in stationären Einrichtungen 1:2 betragen, das heißt eine Pflegekraft pro zwei Pflegebedürftige“. Weiter setzt sich die KAB für eine tarifliche Bezahlung aller Pflegekräfte ein. „Positiv ist“, so KAB-Pflegeexpertin Lucia Schneiders-Adams, „dass zukünftig die Pflegeausbildung für alle kostenfrei ist und die Auszubildenden eine angemessene Vergütung erhalten“.

„Wir brauchen flächendeckende Tarifverträge!“

KAB-Impuls befragt den Pflegebeauftragten der Bundesregierung, KAB-Mitglied Karl-Josef Laumann, zur neuen Pflegeausbildung.

Impuls: Herr Laumann, dient die Generalisierung der Ausbildung der Kosteneinsparung und hilft sie, das Berufsfeld der Pflege aufzuwerten?
Karl-Josef Laumann: Das geplante Pflegeberufsgesetz soll nicht der Kosteneinsparung, sondern einer gerechteren Verteilung der Kosten unter den Pflegeeinrichtungen dienen. Mit der Ausbildungsumlage, für die alle Einrichtungen zahlen müssen, werden ausbildende Betriebe deutlich entlastet. Das erhöht die Bereitschaft der Unternehmen, Menschen auszubilden, und liefert einen wichtigen Beitrag, dass wir auch in Zukunft genügend Menschen für den Pflegeberuf haben.
Zudem erhalten Absolventen durch die neue modernere Ausbildung vielfältigere Einsatz- und Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf. Und: Die vereinheitlichte Ausbildung soll mit dazu beitragen, dass die Pflege in Deutschland künftig endlich mit einer Stimme spricht. Das wird ihre Stellung in unserem Gesundheitswesen nachhaltig stärken.
Impuls: Würde eine einheitlich bessere Bezahlung die Anerkennung und Attraktivität des Berufs nicht besser erreichen?
Laumann: Das eine schließt das andere ja nicht aus. Im Gegenteil: Eine bessere Bezahlung und die gemeinsame Ausbildung sind zwei Seiten der gleichen Medaille, um die Attraktivität des Pflegeberufs zu steigern. Darum mache ich mich stark dafür, dass endlich auch in der Pflege flächendeckend Tariflöhne bezahlt werden.
Es ist ein Unding, dass eine Fachkraft in der Altenpflege in Niedersachsen rund 500 Euro im Monat brutto weniger verdient als in Nordrhein-Westfalen. Bundesweit einheitliche Löhne halte ich nicht für zielführend, da das Gehaltsgefüge und die Lebenshaltungskosten in den Regionen unterschiedlich sind.
Impuls: Kinderfachärzte beklagen, dass Kinder nicht wie kleine Erwachsene behandelt werden können. Wie sieht die Spezialisierung in einer generalisierten Ausbildung aus?
Laumann: Zunächst einmal: Schon heute überschneiden sich rund 80 Prozent der Ausbildungsinhalte in den Pflegeberufen. Uns geht es darum, eine neue Ausbildung zu schaffen, die zur Pflege von Menschen aller Altersphasen und Lebenssituationen qualifiziert – egal in welchen Versorgungsbereichen. Denn die Pflegeberufe lassen sich heute nicht mehr trennen. Kinder werden doch inzwischen nicht mehr nur auf der Kinderstation behandelt und in den Pflegeeinrichtungen sind vertiefte medizinisch-pflegerische Kenntnisse für eine komplexe Behandlungspflege erforderlich. Auch steigt in den Krankenhäusern der Anteil pflegebedürftiger und demenziell erkrankter Patienten stark an. Zugleich sorgen gerade in der praktischen Ausbildung frei wählbare Vertiefungseinsätze für die nötige Spezialisierung.
Impuls: Die KAB spricht sich für eine dreijährige Pflegeausbildung aus, die auf einer ein- bis zweijährigen einheitlichen Grundausbildung mit anschließender Spezialisierung basiert. Was spricht dagegen?
Laumann: Ein wesentliches Ziel der Ausbildungsreform ist es, dass es künftig einen einheitlichen Berufsabschluss gibt, der für eine Tätigkeit in allen Pflegeberufen qualifiziert. Ein einheitlicher Berufsabschluss erhöht die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Tätigkeitsbereichen. Die Pflegekräfte können dann flexibler entscheiden, in welchem Pflegebereich sie wann arbeiten möchten, und somit ihre Tätigkeit an ihrer individuellen Lebenssituation ausrichten.
Impuls: Kann die neue Kurzausbildung etwas an den Belastungen in der Altenpflege ändern?
Laumann: Erstens: Wir schaffen keine Kurzausbildung, sondern einen neuen einheitlichen, zeitgemäßen Berufsabschluss, der absolut vollwertig ist. Zweitens: Durch die erhöhte Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Tätigkeitsbereichen werden Arbeitgeber im Wettbewerb um Fachkräfte motiviert, attraktive Arbeitsbedingungen anzubieten, damit sich die Fachkräfte für ihre Einrichtungen entscheiden. Und zu den attraktiven Arbeitsbedingungen zählen ganz sicherlich eine angemessene Arbeitsbelastung sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
Impuls: Wie lässt sich die schlechte Arbeitssituation und Entlohnung der vielen „Wanderarbeiterinnen“ aus Polen oder Ungarn kontrollieren, die oft eine 24-Stunden-Pflege in privaten Haushalten leisten müssen?
Laumann: Jede ausländische Pflegekraft, die hier ordentlich bezahlt und angemeldet wird, ist eine Bereicherung – nicht nur für die Pflegelandschaft. Und natürlich gelten auch für ausländische Pflege- und Betreuungskräfte klare gesetzliche Regelungen zum Arbeitsschutz. Entsprechende Normen finden sich nicht nur im Arbeitszeitgesetz, sondern beispielsweise auch im Bürgerlichen Gesetzbuch (§ 168 Abs. 2). Es ist Aufgabe der zuständigen Aufsichtsbehörden, Hinweisen auf Verstöße nachzugehen. Klar ist für mich aber auch: Wir können sicherlich nicht den Zoll in alle Haushalte schicken, in denen so etwas vermutet wird.

cyan magenta yellow schwarz

Bürger begehren den Sonntag

Münster. Mit einem Bürgerbegehren will die „Münster Allianz für den freien Sonntag“ verhindern, dass unter anderem an einem Adventssonntag die Geschäfte öffnen. 10.000 Unterschriften von wahlberechtigten Münsteranern brauchte das Bündnis, um der „fortschreitenden Kommerzialisierung Einhalt zu gebieten“, erklärt KAB-Regionalsekretär Michael Grammig. Sechs Wochen hatte die KAB und ihre Mitstreiter aus den Gewerkschaften Zeit, die Unterschriften zu sammeln. Der Münsteraner KAB-Stadtverband sprach die Menschen direkt nach der Sonntagsmesse an. Am Ende konnten sogar 10792 Unterschriften an OB Markus Lewe übergeben werden.

Ingolstadt wächst

Ingolstadt-Etting. Die Hausbesuche der KAB Anfang des Jahres haben sich gelohnt. Gleich zehn neue Mitglieder konnten überzeugt werden, dass es sich lohnt in der KAB zu sein. Gerade junge Familien profitieren von den Angeboten. Im Norden der Autostadt sind mittlerweile 164 Frauen und 142 Männer in der KAB.

Herz für Bärenherz

Bruchköbel. Jede Minute Leben ist kostbar; besonders für jene Kinder, die im Kinderhospiz Bärenherz in Wiesbaden nur noch wenige Zeit zu leben haben. Mit einem gelungenen spanischen Abend unterhielt die KAB Bruchköbel nicht nur die 40 Gäste, die Kulinarisches und Musikalisches von der iberischen Halbinsel erleben konnten, sondern sorgte mit dem Erlös des Abends auch dafür, das Kinderhospiz in der hessischen Landeshauptstadt zu unterstützen. Das Hospiz für Kinder ist ein Platz, an dem umfassend versorgt, optimal gepflegt und liebevoll getröstet wird. Das Kinderhospiz Bärenherz ist ein Ort, an dem die Lebensqualität der Kinder im Vordergrund und die gesamte Familie im Mittelpunkt steht.

Gut wirtschaften beginnt beim Müll

Obertaufkirchen. Dass metallverarbeitende Betriebe auch umweltschonend sein können, konnten KAB-Besucher beim Obertaufkirchener Unternehmen Söhl erfahren. Um mit den großen der Branche zu konkurrieren, muss die Produktion „preiswert“ optimiert werden, meint Unternehmenschef Hans Söhl. Seine Produkte seien keine Wegwerfartikel und ihm eine ressourcenoptimierte Kreislaufwirtschaft ein Herzensanliegen. So sind Abschnitte von Eisenstangen kein Abfall sondern Reste, für die er anderweitig Verwendung findet. Der Chef von Söhlmetall GmbH würde am liebsten mit „grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben“. Als Hobbygärtner und Terra-Petra-Experte demonstrierte er die Herstellung von Holzkohle und die damit verbundene Einlagerung von Kohlendioxid durch eine intensive Kompostierung. Er plädierte für einen konsequenten Bodenschutz und Humusaufbau. „Wir brauchen keine Agrar- und Baukonzerne, sondern einen nachhaltigen Ansatz mit einer anderen Wirtschaftsweise. Diese, so Söhl, sei verantwortlich für extreme Starkregen in Bayern mit dramatischen Überschwemmungen.

„Am KAB-Wochenende gehört Papi mir!“

Waldmünchen. „Am Samstag gehört der Papi mir!“, titelten die Gewerkschaften in den 1970er-Jahren und forderten den arbeitsfreien Samstag. Für viele Väter hat sich der Kampf gelohnt. Doch muss die freie Zeit auch genutzt werden. Ein ganzes Wochenende stand die Jugendbildungsstätte von KAB und CAJ in Waldmünchen Vätern und ihren Kindern zur Verfügung. Wozu unter der Woche zwischen Erwerbsarbeit und Schule keine Zeit bleibt, das Vater-Kind-Wochenende machte es möglich: gemeinsam wandern, eine Schlauchbootfahrt, ein Parcours in luftiger Höhe durch den Hochseilpark und am Abend bei Stockbrot und Lagerfeuer blieb noch genügend Zeit zum Reden und zum gemeinsamen Singen. Dabei kamen sich nicht nur Vater und Kind, sondern auch die Väter und Kinder untereinander näher. Das nächste Wochenend-Treffen von Vater und Sohn oder Tochter findet vom 9 bis 11. September statt. **Nock**

Schön: Am arbeitsfreien Wochenende mit Papi arbeiten. Foto: Susanne Nock

DEUTSCH-TSCHECHISCHES TREFFEN FÜR JUGENDLICHE

Unter dem Motto „Grenzen überwinden“ veranstaltet die Jugendbildungsstätte ein deutsch-tschechisches Feriencamp für Jugendliche zwischen 11 und 14 Jahren vom 6. bis 12 August. Unter Anleitung eines erfahrenen Teams kann in Kleingruppen je nach Interesse ein Theaterstück eingeübt, ein Trickfilm gedreht oder an einer Foto-Collage zum Thema gearbeitet werden. **Infos unter: www.jugendbildungsstätte.org**

Teilzeit macht Frauen arm

Haltern/Köln. Fast eine Million Kinder von Alleinerziehenden leben in Deutschland von Hartz-IV-Leistungen. „Der Grund“, so Annette Seiter, vom Familienpädagogischen Zentrum der KAB und KAB-Vertreterin in der Arbeitsgemeinschaft Interessenvertretung Alleinerziehender (AGIA), „liegt daran, dass alleinerziehende Eltern, vor allem Mütter, sie machen neunzig Prozent aus, häufig nur teilzeitbeschäftigt sind.“ In einem Interview mit dem Kölner Dom-Radio erläutert KAB-Familienexpertin Seier: „Alleinerziehende Mütter sind im Wesentlichen für den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder auf die Unterhaltszahlung durch den unterhaltspflichtigen anderen Elternteil, häufig des Vaters, angewiesen.“ Doch die Zahlungsmoral der Väter sei sehr unterschiedlich.
Um dieses Armutsrisiko aufzuheben, müsste ein existenzsicherndes Kindergeld oberhalb der jetzigen Regelsätze eingeführt werden. „Die Höhe müsste mindestens 300 Euro plus Wohngeld betragen“, fordert die KAB-Familienexpertin. Ein weiteres Problem sei die derzeitige Unterhaltsgeldregelung. Zahlt ein Vater nicht, kann zwar beim Sozialamt ein Vorschuss beantragt werden, doch dieser ist zeitlich begrenzt bis zum zwölften Lebensjahr des Kindes. „Das heißt, wenn der Antrag im Alter des Kindes von acht Jahren gestellt wird, erhält man nur noch vier Jahre lang Unterhalt“, erklärt Annette Seier.

Menschenwürdige Arbeit bleibt Leitthema der KAB

Haltern. Während eines dreitägigen „Ratschlags“ im Könzgen-Haus haben sich Vertreter/-innen aus KAB-Diözesanverbänden und Bildungseinrichtungen thematisch mit dem zukünftigen Leitantrag für den Bundesverbandstag im Mai 2017 in Krefeld auseinandergesetzt.
Im Mittelpunkt der offenen geführten Diskussion stand die Zukunft der Arbeit unter den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen. Angesichts des digitalen, ökonomischen und ökologischen Wandels in der Arbeits- und Lebenswelt der Menschen will die KAB die menschliche Arbeit in Verband und Gesellschaft thematisieren und Impulse für Veränderung geben. Ausgangspunkt sind die Kriterien für menschenwürdige Arbeit weltweit. Dabei stehen im Focus die Wechselwirkungen von Wachstum, Niedriglohn, sozialer Sicherung und einer auf Ausbeutung von Natur und Mensch ausgelegten Wirtschaftsweise, die nach kapitalistischen Vorgaben strukturiert ist. Grundlage und Ermutigung für die Auseinandersetzung mit der Thematik sind die beiden Enzykliken „Evangelii gaudium“ und „Laudato si“ von Papst Franziskus.

KAB organisiert ersten Sozialkirchentag

Paderborn. Zwei Tage lang stellte der KAB-Diözesanverband Paderborn das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ nicht nur ins Zentrum eines Ökumenischen Sozialkirchentages, sondern ins Zentrum der Dom-Stadt. „Das Außergewöhnliche ist, dass wir für diesen Sozialkirchentag in Paderborn nicht nur Vertreter von katholischen Einrichtungen und Verbänden wie BDKJ und dem Kolping-Diözesanverband, sondern auch den Evangelischen Kirchenkreis Paderborn, die Caritaskonferenzen und den Deutschen Gewerkschaftsbund in der Region Ostwestfalen-Lippe gewinnen konnten“, freute sich Magdalena Brieden, stellvertretende Diözesanvorsitzende. Darüber hinaus waren auch das Diözesankomitee, pax christi und die Gemeinschaft katholischer Frauen und Männer im Bund Neudeutschland Mitträger des außergewöhnlichen 1. Sozialkirchentages in der Bistumsstadt.

POETRY-SLAM MIT POLITISCHEM NACHTGEBET VORM RATHAUS

Vom 1. bis 2. Juli diskutierten Christen und Konfessionslose sowie Laien und Experten auf einer Bühne in der Innenstadt und während eines Studientages im Liborianum die Frage nach sozialer Gerechtigkeit in der heutigen Gesellschaft. „Ohne Gerechtigkeit gibt es kein Leben in Fülle und Frieden“ erklärte Präses Annette Kurschus von der Evangelischen Landeskirche von Westfalen, die zusammen mit Erzbischof Hans-Josef Becker sowie dem Gewerkschafter Armin Wiese und Paderborns Bürgermeister Michael Dreier sich über soziale Strukturen und die soziale Situation in Stadt, Kreis und Land auseinander setzten. „Ziel war es“, so Konrad Nagel-Strotmann, Bezirksvorsitzender KAB Paderborn-Höxter, „allen Aktiven in den evangelischen, katholischen, gewerkschaftlichen Solidaritätsgruppen und freien Initiativen die Gelegenheit zu geben, ihre Arbeit vorzustellen, öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung für ihre ständige Arbeit im sozialen Bereich zu erreichen“.
Unter dem Thema „Sonne der Gerechtigkeit“ wurden auf der Innenstadt-Bühne mit Musik und einem begeisternden Poetry-Slam viele Passanten angesprochen. Abgerundet wurde der gemeinsame Sozialkirchentag, der unter der Schirmherrschaft von Erzbischof Becker stand, mit einem politischen Nachtgebet vor dem Rathaus. Der Sozialkirchentag war ein voller Erfolg, erklärten die Teilnehmer.

Gut besucht war der Sozialkirchentag nicht nur auf der Innenstadt-Bühne, sondern auch das Liboranium. Foto: Schlottmann

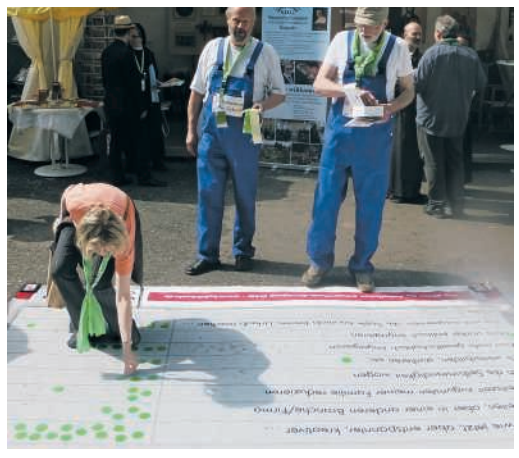
Siemenschefs handeln unsozial

Ruhstorf. „Das unsoziale Handeln der Siemensoberen trübt ganz gewaltig unser Gemüt“ erklärt Josef Krompaß, KAB-Vorsitzender in Ruhstorf am Inn. Joe Kaeser, Vorstandschef der Siemens AG, hatte angekündigt, 700 der insgesamt 1.250 Arbeitsplätze abzubauen. „Es ist eine Untugend der Zeit, dass das Kapital mehr zählt als der Mensch“, beklagt die KAB in einem Rundbrief an die Mitglieder.

KAB zeigte Glaubenszeugen

Osnabrück. Als die beiden Osnabrücker KAB-Mitglieder Wilhelm Mergelmeyer und Manfred Göcken im Planungsteam zur Ausstellung „Glaubenszeugen“ Menschen suchten, die für ihren Glauben öffentlich einstanden, fielen ihnen natürlich auch Vorbilder aus der KAB ein. So gehörte der selige Nikolaus Groß dazu, aber auch der Hagener KAB-Sekretär Bernhard Schopmeyer und sebstverständlich der „Vater der KAB-Vereine“, Bischof Wilhelm Emanuel von Ketteler. Doch neben dem Zentrumspolitiker Windthorst aus Ostercappeln und dem Osnabrücker Gustav Görsmann, der Schwester Maria Euthymia ebenfall aus Hopsten und Bruder Otgar Scheper aus Stadtlohn zeigte die Ausstellung in der Heilig-Kreuz-Kirche auch eine zweite Ausstellung über Lübecker Märtyrer. Letztere ist als Wanderausstellung seit 2011 in den Nordbistümern zu sehen.

cyan magenta yellow schwarz



Andreas Luttmer-Bensmann im Gespräch mit Volker Beck. Auch Sozialministerin Nahles war am KAB-Stand. Fotos: Rabbe

KAB-Vielfalt auf dem 100. Katholikentag

Leipzig. Bundespräses Johannes Stein konnte hohen Besuch, den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Reiner Haselhoff, auf dem KAB-Podium des Leipziger Katholikentages begrüßen. Haselhoff diskutierte gemeinsam mit Brigitte Lehmann (KAB Münster), den Wissenschaftlern Jürgen Rinderspacher und Christian Felber sowie dem Unternehmer Stephan Werhahn über das Thema „Im Mittelpunkt der Wirtschaft: der Mensch!“. Rinderspacher forderte einen langsamen Ausstieg im Alter aus der Arbeitswelt, da Stress und Krankheiten nicht nur einen wirtschaftlichen Ausfall von 7,1 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten, sondern für viele ältere Arbeitnehmer den frühzeitigen Tod bedeute. Gemeinwohl-Ökonom Felber mahnte die Umsetzung ethischer und moralischer Prinzipien in der Wirtschaft an. „Es gibt kein Fair-Play in der Wirtschaft“.
Beim Arbeitnehmerempfang mahnte verdi-Vorstandsmitglied Eva Welskop-Deffaa, KAB-Vorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann und Betriebsseelsorger Peter Hartlaub eine stärkere Organisation und Absicherung der Beschäftigten in der sogenannten Wirtschaft 4.0. Auch bei der Groß-Plakat-Aktion zum Schutz des Sonntags an der Probstei-Kirche unterstrich die KAB ihr Katholikentags-Motto „Seht, hier ist der arbeitende Mensch!“ Auf der Katholikentagsmeile sorgte das Sinn-Zelt der KAB-Münster und die Auseinandersetzung mit dem Grundeinkommen der Kölner KAB sowie die Aktion „Rio bewegt.Uns!“ mit Kolping Deutschland für Austausch, Gespräche und wichtige Anregungen. Das Weltnotwerk der KAB war mit einem eigenen Info-Zelt auf der Kirchenmeile vertreten. Dort stellte Andreas Holl vom Diözesanverband Eichstätt per Skype Lifeschaltungen zu den Partnerbewegungen in Sri Lanka, Tansania, Kenia, Peru und der CAJ in Brüssel her.

Hannes Kreller weist per Megaphon und Großplakat auf die Bedeutung des arbeitsfreien Sonntags hin.

Wechsel beim Weltnotwerk

Das Weltnotwerk der KAB Deutschlands hat eine neue Leitung. Auf der jüngsten Mitgliederversammlung des internationalen KAB-Hilfswerkes wurde Michael Schmitt zum neuen Vorsitzenden gewählt. Schmitt, der auch Diözesansekretär der KAB im Bistum Fulda ist, löste Otto Meier aus Freiburg ab, der für das Amt des Vorsitzenden nach neun Jahren nicht mehr kandidierte.
Michael Schmitt war zuvor lange Zeit stellvertretender Vorsitzender und ist in der internationalen Partnerschaftsarbeit der KAB seit vielen Jahren eingebunden. Neue Stellvertreterin ist Ulla Heinemann aus dem KAB-Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart. Maria Gerster aus der KAB Bamberg und Norbert Klein aus dem Diözesanverband Essen sowie der Münsteraner Diözesanpräses Michael Prinz sind weiterhin im Vorstand. Neu hinzugewählt wurde Hildegard Lülsdorf vom Diözesanverband Köln. Auch Lülsdorf bringt viel Erfahrung in der internationalen Partnerschaftsbewegung mit (siehe Interview Seite 8). Otto Meier, amtierender Präsident der Europäischen Bewegung Christlicher Arbeitnehmer (EBCA) und Mitglied im Internationalen Rat der WBCA, hat in diese Gremien die Arbeit und das Anliegen des Weltnotwerks der KAB eingebracht. Was ihm den lieb gemeinten Ruf „Weltnotwerk-Otto“ einbrachte.

DANK AN MITGLIEDER

Durch die Weltnotwerk-Projekte haben sich die Mitgliederzahlen in den Partnerschaftsbewegungen in Kenia und Tansania positiv entwickelt.
Weltnotwerk-Vorsitzender Michael Schmitt machte deutlich, dass diese wichtige Partnerschaftsarbeit ohne die „großartige Unterstützung insbesondere durch die Spenden der vielen Frauen und Männer in der KAB Deutschlands nicht möglich sei“.

Zahl der Mitglieder steigt weiter an

Etting. Gleich zehn neue junge Frauen und Männer im Verein hat die KAB Etting in Bayern zu melden. Damit zählt der KAB-Verein im nördlichen Ingolstädter Stadtteil über 300 Mitglieder. Vor einem Jahr war der Verein in die Öffentlichkeit mit der Botschaft gegangen: „Wir hoffen, dass unser neues Programm viele anspricht, die Lust auf Gemeinschaft haben, auf einen lebendigen Verband und auf einen Kreis engagierter Menschen.“ Der Aufruf kam so gut an, dass die Team-Sprecher Helmut Kuntscher und Theresia Geier mitteilen konnten, dass zu den rund 30 Veranstaltungen über 1.300 Teilnehmer kamen. Der Aufruf und das Motto „Lasst uns gemeinsam Kirche sein“ hatte Erfolg. Zudem konnte Kuntscher eine Zunahme bei den Rentenberatungen der ehrenamtlichen Versicherten feststellen. Er warb erneut für das Modell der solidarischen Alterssicherung der katholischen Verbände, dass auf Bundesebene in die Diskussion gebracht werden müsse.

Alterssicherung muss besser gesichert sein

Freiburg/Fulda. „Sehenden Auges lässt die Bundesregierung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Altersarmut laufen.“ Dies erklärte Maria Baur, KAB-Diözesanvorsitzende im Erzbistum Freiburg in einer Presseerklärung. Baur verwies auf die aktuelle Studie zur Altersarmut, in der davon ausgegangen wird, dass ab dem Jahre 2030 jedem zweiten Bezieher der gesetzlichen Rente Altersarmut drohe.
Der Freiburger KAB-Diözesanvorstand plädierte für eine existenzsichernde Sockelrente, die als weitere Säule in die gesetzliche Alterssicherung eingebaut werden müsse.
Auf die regionalen Auswirkungen von Altersarmut macht im Landkreis Fulda die KAB in einem Bündnis mit Gewerkschaft, Wohlfahrtsverband und Frauengemeinschaft aufmerksam. Ursachen sieht Prof. Frank Unger von der Hochschule Fulda im Niedriglohnsektor und der Zeitarbeit-Beschäftigung. Dagegen wendet sich auch das Bündnis im Landkreis.

Erfolg beim Einsatz für freien Sonntag

Neu Isenburg. Das Verwaltungsgericht Darmstadt hat der Klage der „Allianz für den freien Sonntag“ Recht gegeben. Gemeinsam mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hatte die KAB gegen die Ladenöffnungen in Neu-Isenburg im Kreis Offenbach geklagt, nachdem die Stadtverwaltung grünes Licht für den Sonntagsverkauf gegeben hatte. Das Gericht sah – wie die Allianz – in einem Kinderfest keinen Anlass für den Sonntagsverkauf, da dieses Kinderfest nicht den öffentlichen Charakter des Tages präge. Erst die Ladenöffnung selbst würde erst den Charakter des Sonntags prägen, erklärte das Gericht seine Absage.
Und auch im Nachbarstädtchen Usingen hatte der Verein für Wirtschaft und Gewerbe mit einem ‚Käsefest‘ Käufer in die Stadt und Einzelhändler zum Öffnen ihrer Geschäfte animieren wollen. Auch hier sah das Gericht keinen Anlass für einen verkaufsoffenen Sonntag in der gesamten Kernstadt.

Auch München bleibt geschlossen

München. Zum Stadtgründungsfest Mitte Juni sollten die Geschäfte auch am Sonntag in der bayerischen Landeshauptstadt geöffnet werden. Das reicht nicht, meinte nicht nur Hannes Kreller, KAB-Vertreter in der Allianz für den freien Sonntag, sondern auch die Richter am Verwaltungsgerichtshof.
Schon jetzt öffnen Geschäfte im Freistaat jährlich 2.000 Mal am heiligen Sonntag. Viel zu oft, meinen die Allianz-Vertreter. „Wir kämpfen für einen arbeitsfreien Sonntag, weil wir Ruhepausen für Arbeitnehmer und ihre Familien für unverzichtbar halten“, erklärt Tom Steger, CAJ-Landessekretär in Bayern. Neben dem juristischen Einsatz hat sich das Bündnis Ende Juni mit Sozialministerin Emilia Müller (CSU) getroffen, damit die Landesregierung die genauen Richtlinien und Voraussetzungen für die Gemeinde zusammenfasst.

Innovation braucht Freizeit

Brüssel. Abgeordnete des Europaparlaments wollen noch in diesem Jahr mit der EU-Kommission über die europaweite Verankerung des Sonntagsschutzes in der Arbeitszeitrichtlinie sprechen. Dies kündigten die österreichische Sozialdemokratin Evelyn Regner und der Frankfurter Christdemokrat Thomas Mann im Gespräch mit kab-online während des 4. Treffens der Europäischen Interessengemeinschaft „Work-Life Balance“ im Europaparlament an.
Angesichts der Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen und Arbeitszeiten seien junge Menschen besonders in Spanien und Portugal, wo die Jugendarbeitslosigkeit sehr hoch ist, gezwungen, Jobs im Bereich Wirtschaft 4.0 anzunehmen, die weder geregelte Arbeitzeiten noch -verträge haben, meinte die Europaabgeodnete Regner. Das führe dazu, dass es keine Trennung zwischen Freizeit und Arbeit und zwischen Erholung und beruflicher Aktivität gebe. Zuvor hatte die Wirtschaftswissenschaftlerin Sandra Parthie vom Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) die unterschiedlich langen Arbeitszeiten in der Europäischen Union dargestellt. So sind die wöchentlichen Arbeitsstunden besonders bei jungen Leuten und in den osteuropäischen Ländern hoch.
Der ungarische Unternehmer József Tóth sieht für sein Land einen zunehmenden „grauen Arbeitsmarkt“, der keine geregelten Arbeitszeiten mehr kennt. Der Familienunternehmer sieht besonders die Arbeitgeber in der Pflicht, den arbeitsfreien Sonntag zu schützen. Kritik übte der Textilfabrikant Tóth an seiner eigenen Regierung, die erst im April diesen Jahres ein Gesetz verabschiedet hat, dass den Ein- und Verkauf am Sonntag erleichtert.
Hannes Kreller, KAB-Vertreter in der Euroallianz für den freien Sonntag (Free sunday alliance), sieht dennoch in der Arbeit der Interessengruppe auf europäischer Ebene einige Erfolge. „Mit den Veranstaltungen in Brüssel konnten wir nicht nur den Kreis der Teilnehmer und Organisationen in den letzten Jahren erweitern, sondern auch innerhalb der europäischen Länder eine Sensibilität für den Sonntagsschutz sowie für die Beziehung zwischen Arbeit, Freizeit und Gesundheit deutlich machen“.
Vertreter aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Politik hatten beim 4. Treffen intensiv über das Verhältnis Innovation und Kreativität auf der einen und Arbeits- und Freizeit auf der anderen Seite diskutiert. Zwar wurde klar, dass Wettbewerbsfähigkeit Innovation und Keativität benötigt, diese Faktoren aber gleichzeitig freie Zeit beinhalten. Gewerkschafterin Christina Colcough (UNI Europa) befürchtet, dass Digitalisierung und Individualisierung zu einer Kultur des Wettbewerbs statt zu Vernetzung und Kreativität führen wird.
Video unter www.kab.de

Anzeige

Spahn: Türkei-Abkommen ist wichtige Grundlage

Die Erwartungen an den jungen CDU-Politiker Jens Spahn bei der KAB St. Johannes-Bosco in Ibbenbüren waren hoch und die Themenwahl breit angelegt: Flüchtlingskrise, Europa, Rechtsradikalismus und nicht zuletzt das Gesundheitssystem standen im Focus.

„Deutschland hat seit September 2015 einen großartigen Job gemacht, die vielen tausend Freiwilligen, die Polizisten und Beamten, auch im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Darauf können wir stolz sein“, lobt Jens Spahn, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, das gesellschaftliche Engagement in der Flüchtlingshilfe. In einem Gespräch bei der KAB St. Johannes-Bosco in Ibbenbüren im Mai unterstreicht der CDU-Politiker die Notwendigkeit des Abkommens mit der Türkei. „Wichtig ist, dass wir jetzt mit dem EU-Türkeiabkommen eine Lösung haben, dem alle Partner zugestimmt haben. Das ist die richtige Grundlage für eine bessere Zusammenarbeit in den kommenden Monaten“, hoffte Spahn. Gleichzeitig gibt er Kanzlerin Merkel recht, dass die Flüchtlingskrise nicht „mit dem Errichten von Grenzzäunen“ gelöst werden kann. Dennoch sei die Sicherung der EU-Außengrenzen dringend notwendig. „Schengen, Dublin, die Frage der Grenzsicherung – sie werden nicht umgesetzt oder wurden nicht umgesetzt, egal ob es sich um die türkisch-griechische oder die italienisch-libysche Seegrenze handelt.“ Hier müsse schon entschieden werden, ob jemand als Flüchtling aus dem Kriegsgebiet oder aus anderen Gründen komme.

Staatssekretär Jens Spahn Foto: CDU

INTEGRATION HEISST AUFEINANDER ZUGEHEN

Spahn zeigt Verständnis, dass die osteuropäischen EU-Staaten und auch Frankreich trotz vertraglicher Zusicherung so gut wie keine Flüchtlinge aufgenommen haben. „Was die letzten Monate deutlich gemacht haben, ist, dass eine pauschale Vorverurteilung von Aussagen ohne die Hintergründe zu kennen, nicht weiterhilft“.
Noch bevor die Länder von Minister Schäuble mehr finanzielle Unterstützung für die Kosten der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen anmahnten, unterstrich der Staatssekretär Spahn die Notwendigkeit der Integration. „Integration heißt aufeinander zugehen. Der liberalste Afghane wird mit viel Willen es nicht hinbekommen, sich in drei Wochen hier zu integrieren. Auch dürfe man nicht davon ausgehen, dass alle, die aus Syrien kommen, Ärzte und Ingenieure sind. 20-Jährige, die fünf Jahre den Krieg in Syrien erlebt haben, werden weder eine Ausbildung noch einen Schulabschluss mitbringen – dies ist kein Vorwurf an die Menschen“, so Spahn. Integration heißt, Deutsch lernen, vielleicht ein Praktikum in einem Handwerksbetrieb. Der CDU-Politiker betonte auch, dass der Mindestlohn für Flüchtlinge nicht gelten kann, wenn es darum geht, die Integration umzusetzen.

RÜCKKEHR ZUR PARITÄTISCHEN FINANZIERUNG IST KEINE LÖSUNG

Keine Lösung dagegen sieht der ehemalige gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, wie sie die KAB und viele Sozialverbände fordern. „Wir werden mit scheinbar einfachen Lösungen wie die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung nicht sehr weit kommen.“, so Spahn. Er setzt auf die Beiträge der Arbeitnehmer/-innen. „Wir können uns heute einen starken Sozialstaat leisten, weil so viele Menschen Beiträge bezahlen. Das ist nur möglich, weil die Wirtschaft gut läuft und so viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind wie noch nie zuvor“, erklärt Spahn. Der Parlamentarische Staatssekretär stellt sich damit gegen die Forderungen seiner eigenen Parteikollegen. So hatte bereits Ende letzten Jahres Christian Bäumer, Bundesvize der Christlichen Arbeitnehmerschaft den Vorschlag von SPD-Ministerpräsidentin Malu Dreier unterstützt, die Krankenkassenbeiträge in Zukunft wieder hälftig von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu finanzieren. „Die Arbeitnehmer dürfen mit den Kostensteigerungen im Gesundheitswesen nicht alleine gelassen werden. Auch die Arbeitgeber sind auf ein funktionierendes Gesundheitswesen angewiesen“, hatte Bäumer seinerzeit im Handelsblatt erklärt.

Markus Weveler

Krankenhaus von hinten kennenlernen

Wer ins Krankenhaus muss, kommt in der Regel durch den Haupteingang; ob er nun jemanden besuchen will oder ob er selbst als Patient ein Leiden hat, dass behandelt werden muss. Für die KAB Lippstadt ein Grund mehr einen anderen Weg zu wählen.

Mitglieder der KAB Lippstadt erkundeten das Dreifaltigkeits-Hopital auf neuen Wegen. Foto: Rabbe

„Wer aber ein Krankenhaus kennenlernen will, sollte auch mal den Weg von hinten, sprich über die Wirtschafts-, Operations- und Pflegebereiche sowie den technischen Versorgungstrakt suchen.
Das Dreifaltigkeits-Krankenhaus mit seinen Tochtergesellschaften, dem Marienhospital in Erwitte und dem Heilig-Geist-Krankenhaus im benachbarten Geseke, bildet ein breites Versorgungskonzept in der Region. Letzteres ist nicht nur ein traditionsreiches Krankenhaus im Erzbistum Paderborn, sondern auch eines der ältesten Hospitäler. Im Jahre 1374 wurde das Hospital zum Hl. Geist Geseke von der Bruderschaft zum Heiligen Geist, die bereits seit 1328 existierte, gegründet und ist somit das älteste Krankenhaus im Erzbistum Paderborn.
Ein Krankenhaus ist nicht nur von der Qualität der ärztlichen Versorgung abhängig, sondern besonders von der Qualität und der Menschlichkeit des Pflegepersonals, weiß Karl-Heinz Schmitz. Der Pflegedirektor empfängt die KAB-Gruppe, erklärt die medizinischen Schwerpunkte und führt dann die Gruppe ins Herz des Krankenhauses: der Energie- und Heizzentrale. Meister über die Technik ist Bernhard Berensmeier, der stolz seine Kraftzentrale des Krankenhauses zeigt. Selbst bei einem Stromausfall springen sofort Motoren an, um die Funktionsfähigkeit aufrechtzuerhalten, erklärt er der KAB-Gruppe.

LIEGEDAUER DRASTISCH VERKÜRZT

Die technische Sicherheit ist absolut notwendig, ein Ausfall im Operationssaal kann tödlich sein, erklärt Pflegedirektor Schmitz. Neben der Technik sind es aber die Menschen, die das Krankenhaus am Laufen halten. Täglich werden mindestens tausend Essen am Mittag ausgegeben. Eine Krankenhausküche gibt es schon lange nicht mehr. Jeden Tag wird das Essen von einer Großküche in Hagen angeliefert und verteilt.
Knapp 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen sich ums Wohlergehen und die Genesung von 15.000 Patienten jedes Jahr, und zusätzlich um die Versorgung von 18.000 ambulanten Patienten. „In den letzten Jahren wurden die Patientenzahlen erhöht und gleichzeitig die Liegedauer drastisch verkürzt, von 11,5 auf 6,5 Tage“, berichtet Schmitz. 64,5 Millionen Euro Umsatz verzeichnet der Zusammenschluss der katholischen Krankenhäuser, der ein wichtiger Baustein in der Versorgung Lippstadts und Umgebung ist. „Krankenhaus ist ein Geschäft, dennoch sind die anderen Einrichtungen nicht Konkurrenten, sondern Mitbewerber, mit denen man sich abspricht, um die Versorgung zu sichern“, so Schmitz. Dies spiegelt auch das Leitbild wider: „Wir vergleichen uns mit anderen Leistungsanbietern unter medizinischen, pflegerischen und wirtschaftlichen Aspekten im Umfeld der ständigen Veränderung der Gesundheitspolitik und unserer Gesellschaft“.
Die schnellere Taktung bei den Patienten bedeutet mehr Einsatz bei den Pflegekräften. Für die KAB-Gruppe aus Lippstadt ist damit verbunden die Sorge, um die Arbeitsbedingungen der Krankenhausangestellten. Ist unter den verschärften Bedingungen noch „gute Arbeit“ möglich? Antwort gibt Walter Hackenholt. Der MAV-Mitarbeitervertreter setzt sich seit Jahren für die Kolleginnen und Kollegen im Dreifaltigkeits-Krankenhaus ein. Kommen Mitarbeiter an ihre Grenzen, steht er mit zwei anderen freigestellten Kollegen bereit. Sollte der Stress und die psychischen Belastungen bei den Beschäftigten der über zwanzig Stationen und Fachabteilungen zu groß werden, gibt es den 24-Stunden Caritas-Notruf. „Die Betroffenen brauchen dann nicht lange auf einen Termin zu warten“, erklärt Hackenholt.
Neben der Versorgung ist das Krankenhaus auch eine wichtige Ausbildungsstätte, ob als Akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Münster oder als Krankenpflegeschule. So nimmt das Krankenhaus jedes Jahr 17 neue Schüler auf, die eine Pflegeausbildung machen wollen. „Für uns im Krankenhausbereich“, so meint Pflegedirektor Schmitz, „stellt die Vereinfachung der Pflegeausbildung kein Problem da“. Einschätzungen, die nicht nur die KAB Lippstadt interessieren, sondern auch KAB-Mitglied Karl-Josef Laumann als Pflegebeauftragten der Bundesregierung. Erkenntnisse, die man nicht erhält, wenn man durch das Hauptportal ins Krankenhaus geht. „Man kann nur so erfahren“, meint KAB-Mann Fara von der KAB Lippstadt, „wie solch eine hochkomplexe Einrichtung wie ein Krankenhaus funktioniert. Als Patient oder Besucher geht und kommt man nur durch die Vordertür.

Herzstück eines jeden Krankenhauses ist der OP-Saal. Foto: Privat

Ex-Minister spendet für Hondurashilfe

Mit zunehmendem Alter nehmen die persönlichen Wünsche ab. Doch für den SPD-Politiker und ehemaligen niedersächsischen Landwirtschaftsminister Uwe Bartels bleibt der Wunsch zu helfen, die Welt ein wenig besser zu machen, trotzdem bestehen. Zu seinem 70. Geburtstag verzichtete Bartels, der auch Bürgermeister von Vechta war, auf Geschenke und bat die Geburtstagsgäste um einen finanziellen Beitrag für die KAB-Partnerschaft des Landesverbands Oldenburg mit der KAB in Honduras. Der Verzicht des SPD-Politikers lohnte sich. 6775,70 Euro konnte Uwe Bartels KAB-Landessekretär Stephan Eisenbart und Franz kleine Holthaus für die Partnerschaftsarbeit in dem mittelamerikanischen Land überreichen. Der Landesverband unterstützte die christliche Arbeiterbewegung in Honduras schon seit 20 Jahren. Derzeit werden mit Mikrokrediten ein Selbsthilfprojekt für Frauen gefördert, mit denen sich Alleinerziehende eine Existenz sichern können. Die KAB vor Ort sorgt für die Beratung und Schulung der Frauen. Uwe Bartels, der noch kein KAB-Mitglied ist, und den KAB-Musiker Franz kleine Holthaus verbindet nicht nur eine 40-jährige Freundschaft, sondern auch die Leidenschaft zur Musik. Kleine Holthaus produziert mit veschiedenen Bands Musik-CDs, dessen Erlös in das Partnerschaftsprojekt fließt.

cyan magenta yellow schwarz

Das Altsein bietet heute vielfältige Chancen

Professor Dr. Stefan Pohlmann arbeitet in verschiedenen Bereichen der Altersforschung, der sogenannten Gerontologie, und lehrt an der Hochschule München. Gerhard L. Endres fragte ihn, warum er das Alter als Chance sieht.

Impuls: Herr Pohlmann, meist wird das Alter als Schrecken für den Menschen dargestellt. Warum sehen Sie das Alter auch als Chance?
Pohlmann: Ich beschäftige mich seit über 20 Jahren mit der Alterswissenschaft. Es ist erstaunlich, wie widersprüchlich das Thema behandelt wird. In der medialen Berichterstattung wird die Wichtigkeit des Alterns zwar betont, aber häufig sehr einseitig diskutiert. Überwiegend lässt sich eine verlustbezogene Darstellung ausmachen. Dabei werden die Schrecken dramaturgisch überbetont und die Gestaltungsoptionen vernachlässigt.
Impuls: Worin sehen Sie die Chancen des Alters?
Pohlmann: Die Chancen sind ausgesprochen vielfältig. Wenn man sich beispielsweise vergegenwärtig, dass vieles heute eingetreten ist, was sich Generationen in früheren Zeiten herbeigesehnt haben. So gibt es heute eine biologische Verjüngung. Die Menschen sind etwa mit 70 Jahren von ihrer Konstitution her wesentlich jünger als Menschen im gleichen Alter vor 30 Jahren im gleichen Alter. Sie können viele Dinge gesund und effizient tun, die früher nur jüngeren vorbehalten waren. Das bedeutet nicht, dass wir die Altersrisiken unterschätzen dürfen. Wir sollten diese vielmehr gezielt angehen. Gerade das Wissen um diese Risiken ist eine Chance für die Wissenschaft – aber auch für jeden Einzelnen. Der Vorteil liegt in der zunehmenden Planbarkeit, denn wir wissen, dass wir alt werden. Darauf können wir uns vorbereiten.

Professor Dr. Stefan Pohlmann

Impuls: Sind die Schwierigkeiten, die geschildert werden, belegbar oder sind es Schreckensgebilde?
Pohlmann: Es gibt Probleme, die auch klar belegbar sind. Dazu zählt etwa die Volkskrankheit der Demenz. In der Öffentlichkeit wird dies mitunter als schicksalhaftes Schreckensbild dargestellt. Die Demenz führt fraglos nicht nur zu erheblichen Einschränkungen für die Betroffenen, sondern auch in der Regel für die Angehörigen, die einen Großteil der Unterstützungsleistungen tragen müssen. Gleichwohl ist damit nicht jede Form der Lebensqualität verloren. Die Risiken sollte man daher schonungslos darstellen ohne gleichzeitig die Würde des Alters bei der Versorgung der Erkrankten aus dem Blick zu verlieren.
Impuls: Die finanziellen Belastungen für die jüngere Generation werden stark betont. Stimmen die Fakten?
Pohlmann: In den Massenmedien wird auch dieser Punkt oftmals sehr tendenziös dargestellt. Es wird von der vermeintlichen Ausbeutung der Jungen gesprochen. Andere Berichte kehren das Ausbeutungsmuster um. Beides stimmt so nicht. Vielmehr besteht ein breites Solidaritätsempfinden zwischen den Generationen. Wir befinden uns derzeit zudem in einer recht privilegierten Situation, vor allem wenn wir uns mit der Situation in anderen Ländern vergleichen. Der Wandel in der Altersstruktur führt unbestritten zu Belastungen und Mehrausgaben. Dafür ist aber nicht die Überalterung verantwortlich. Ursula Lehr, die Gallionsfigur der Gerontologie, spricht in diesem Zusammenhang zu Recht von einer Unterjüngung. Wir haben demnach nicht zu viele ältere, sondern zu wenig junge Menschen in unserer Bevölkerung.

Obwohl die Menschen immer älter werden, bleiben viele noch fit. Foto: Fotolia.com

Impuls: Das Alter wird auch mit den steigenden Soziallasten in einem Atemzug genannt. Ist es überhaupt fair, das so zu betrachten?
Pohlmann: Alte Menschen haben sich ihre Renten redlich verdient. Man kann ihnen nicht vorwerfen, dass ihnen dies nicht zusteht. Die Älteren haben ihre Renten schließlich aktiv erwirtschaftet. Maßnahmen zur Verbesserung der Rentenauszahlung werden zwar von vielen kritisiert. Sie kommen aber auch späteren Generationen zu Gute. Alle Prognosen zur Rentenentwicklung stehen zudem auf tönernden Füßen. Kein Experte kann seriös vorhersehen, wie sich die Rente in 50 Jahren entwickeln wird. Das zeigen zumindest rückblickend die nicht eingetretenen Vorhersagen früherer Wirtschaftsfachleute.
Impuls: Die Zuwanderung steigt, ändert sich dadurch auch die Verteilung der Altersgruppen?
Pohlmann: Dadurch könnte sich durchaus etwas ändern. Die Veränderungen wirken sich aber nur dann positiv aus, wenn wir eine zureichende Integrationspolitik betreiben. Dazu gehört insbesondere eine kultursensible Altenhilfe. Ältere Migranten sind bei uns aber noch immer ein Randthema. Das muss ich ändern.
Impuls: Die Rente mit 63 wird so beschrieben, als wenn viele dadurch im Luxus leben – können Sie diese Diskussion nachvollziehen?
Pohlmann: Aus gerontologischer Sicht macht es Sinn, das Rentenalter anzuheben, weil die Menschen gesünder älter werden und auch zum Teil länger arbeiten wollen. Man muss allerdings sehr genau prüfen, wie sich eine berufliche Fortsetzung für den Einzelnen gestaltet. Nicht für jede Berufssparte oder Branche macht eine Verlängerung der Erwerbsarbeit Sinn. Man kann nicht erwarten, dass eine Lehrerin, ein Fliesenleger oder eine Altenpflegerin mit 65 Jahren das Gleiche leistet, wie mit 25. Die Arbeitsplätze müssen deshalb altersgerecht gestaltet werden, das heißt, sie müssen mitaltern. Diejenigen, die eine Erwerbsarbeit nicht mehr bewältigen können, müssen freilich rechtzeitig in Rente gehen können und ihren Ruhestand auch finanziell verkraften können.
Impuls: Stichwort Bürgerschaftliches Engagement: Sehen Sie, dass sich ältere Menschen stärker engagieren?
Pohlmann: Wir sehen auch an vielen Beispielen wie produktiv ältere Menschen sein können. Hier entwickeln viele Verbände, Institutionen und Vereine sehr spannende Angebote und Betätigungsfelder. Die Erwartungen an die älteren Menschen sollten gleichwohl nicht zu hoch gehängt werden und zu einer Überforderung beitragen. Der Soziologe Leopold Rosenmayr spricht von zu hohen Erwartungen, wenn man Ältere als Retter des Sozialen ansieht, die überall dort segensreich agieren, wo professionelle Kräften versagt haben. Für Ältere müssen demnach Optionen für bürgerschaftliches Engagement bestehen, die man nicht mit gesellschaftlichen Zwängen verquicken sollte.

Raus aus der Tabu-Zone – KAB-Thema Demenz

Fachtagung rät KAB-Vereinen, das Thema Demenz „anzupacken".

Unser skandinavischer Nachbar Schweden ist bekannt für sein ausgebautes Sozial- und Wohlfahrtssystem. Dass nun eine 78-jährige Mutter und Tochter einen Kindergartenplatz für ihre 104-jährige Mutter von der örtlichen Verwaltung zugewiesen bekommen hat, ist amüsant, aber dennoch nur eine Computerpanne. Trotzdem zeigt das Behördenschreiben, dass unsere Gesellschaft immer älter wird, und manch einem Sachbearbeiter gar nicht auffällt, wenn er Urgroßmutter einen Platz in der Pinguin- oder Löwen-Gruppe zuweist.

Hilfen bei Demenz

„Star der 1960er-Jahre: Audrey ... ?" Richtig „Audrey Hepburn. „Sänger von La Paloma: Freddy ... ?" Richtig, Freddy Quinn. Ob dieses Star-Memory Demenz aufhalten kann oder gar verhindert, ist nicht bewiesen. Dennoch bietet das Lege- und Rate-Spiel, das im „SingLiesel-Verlag" in Karlsruhe erschienen ist, Spaß nicht nur für Menschen mit Demenz. So wie das Memo-Spiel knüpfen die SingLiesel-Liederbücher an die tief liegenden Erinnerungen von Demenzerkrankten an. Der Verlag hat sich auf Beschäftigungen und Aktivitäten von und mit Demenz Erkrankten spezialisiert und bietet Hilfe.

www.singliesel.de

Auch die Frauen und Männer in der KAB Deutschlands werden älter. Viele sind noch aktiv und engagieren sich ehrenamtlich in ihrem KAB-Verein oder der Pfarrgemeinde.
Viele KAB-Frauen und -Männer im Alter von 78 Jahren haben zwar keine 104-jährige Mutter zu betreuen, auch ein Platz in der Kindertagesstätte steht nicht mehr auf dem Programm, doch Fragen nach der Zukunft des Ehepartners und seinen körperlichen und geistigen Gebrechlichkeiten spielen eine große Rolle, weiß Karl-Heinz Does, pädagogischer Mitarbeiter im Heinrich-Lübke-Haus und Experte für Alten- und Seniorenarbeit in der KAB. „Gerade als Verein müssen wir die Themen ansprechen, denn viele fühlen sich alleingelassen, wenn der Ehe- oder Lebenspartner an Alzheimer oder Demenz erkrankt.
Auf der KAB-Fachtagung „Demenz" wurde deutlich, dass dieses gesellschaftlich brisante Thema nicht nur im Rahmen der Leistungen der Pflegeversicherung diskutiert werden sollte, sondern auch für die Vereine eine Herausforderung darstellt. Mit einem breiten Aktionskatalog wurden Vorschläge für konkrete Maßnahmen zusammengestellt. „Wichtig ist, dass die Vereine das Thema für ihre Bildungsarbeit aufgreifen und mit Fachleuten diskutieren", meint KAB-Referent Does. Darüber hinaus könnten die Vereine, die durch die Mitgliedschaft die direkte Nähe zu Betroffenen haben, Erstinformationen bieten und Kontakte zu Caritas, Diakonie oder anderen Sozialpartnern vor Ort anbieten. Dass die Nachfrage nach dem Thema auch in der KAB groß ist, zeigen bereits viele lokalen Bildungsveranstaltungen zum Thema Alt-Werden, Demenz oder Alzheimer, die die KAB-Vereine durchführen. Viele Frauen und Männer in der KAB sind unsicher, was sollen sie tun, wenn diese Krankheit sie oder den Partner ergreift. Dabei geht es auch darum, als christlicher Verein keinen allein zu lassen. „Im Verein sollten sich die Menschen erkundigen, ob jemand erkrankt ist, wie man den oder die Betroffene mit Besuchen helfen kann. Oder wie man Angehörige unterstützt, entlastet und weiterhin im Vereinsleben integriert", rät Karl-Heinz Does.
Die Kommunen unterstützen ebenfalls diese Arbeit. So hat die Stadt Arnsberg nicht nur ein Handbuch „Lernwerkstadt Demenz" herausgebracht, sondern sieht es als kommunale Pflichtausgabe, Netzwerke zu knüpfen, um die Erkrankung Demenz für alle Beteiligten leichter werden zu lassen. So sollen Türen geöffnet werden zwischen Menschen mit und ohne Demenz, die Isolierung der Betroffenen und deren Angehörigen aufzubrechen und die Teilhabe und Teilnahme in der Kommune und der Gesellschaft zu ermöglichen. **www.deutsche-alzheimer.de**

Wer an Demenz erkrankt, braucht Hilfe. Aber auch Angehörige brauchen Unterstützung in dieser Situation. Foto: Fotolia.com

KAB-Referent Karl-Heinz Does

Zahl der Demenzerkrankungen steigt

Nach dem 65. Lebensjahr steigt die Wahrscheinlichkeit, an Alzheimer oder einer anderen Form von Demenz zu erkranken. Die Alterung der Gesellschaft bringt es deshalb mit sich, dass der Anteil der Menschen mit Demenz an der Gesamtbevölkerung steigt. Allerdings fällt diese Entwicklung regional sehr unterschiedlich aus.
Die Zahl der Betroffenen werde sich bis zum Jahr 2050 fast verdreifachen, so der Welt-Alzheimer-Bericht 2015. Derzeit leben weltweit 46,8 Millionen Menschen mit einer Demenzerkrankung. 2030 werden es 74,1 Millionen sein, 2050 schon 131,5 Millionen – rund 60 Prozent in ärmeren Ländern. Experten beziffern die gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Kosten auf jährlich etwa 711 Milliarden Euro. In drei Jahren werde die Grenze zu einer Billion überschritten.
Deutschlandweit gibt es derzeit rund 1,5 Millionen Menschen mit Demenzerkrankungen, die meisten haben Alzheimer. Demenz ist ein Sammelbegriff für viele Krankheiten, die in der Regel bei älteren Menschen auftreten. Gemeinsam ist ihnen der fortschreitende Untergang von Nervenzellen im Gehirn. Geistige Fähigkeiten, Sprache und Motorik lassen nach, die Betroffenen können den Alltag bald nicht mehr bewältigen. Die Ursachen sind noch weitgehend unbekannt.

cyan magenta yellow schwarz

Christo-Projekt: Wie Jesus auf dem Wasser gehen

„Im letzten Viertel der Nacht kam Jesus auf dem Wasser zu ihnen. Als die Jünger ihn auf dem Wasser gehen sahen, erschraken sie und sagten: „Ein Gespenst!“, und schrien vor Angst. Sofort sprach Jesus sie an: „Fasst Mut! Ich bin’s, fürchtet euch nicht!“ Da sagte Petrus: „Herr, wenn du es bist, dann befiehl mir, auf dem Wasser zu dir zu kommen!“ „Komm!“, sagte Jesus. Petrus stieg aus dem Boot, ging über das Wasser und kam zu Jesus (Matthäus 14, 22-29).

Wollten immer mal über Wasser gehen: Der Aktionskünstler Christo und seine Frau Jeanne Claude, die vor sieben Jahren starb. Foto: Rabbe

So wie Jesus auf dem Wasser des Sees Genezareth gehen konnte, schafft es Christo nicht. Doch der 81-jährige Aktionskünstler aus Bulgarien hat Hundertausenden von begeisterten Besuchern das Gefühl vermittelt, über Wasser gehen zu können. Mit einer einzigartigen Installation auf dem italienischen Iseo-See schaffte Christo eine fühlbare Möglichkeit, das Element Wasser auf eine ganz besondere Weise zu erleben. Christo nimmt den Menschen nicht nur die Angst über das Wasser zu gehen, sondern bereitet mit der schwankenden Wanderung über den Lago d’Iseo bei Brescia große Freude. „Floating Piers“ nennt der Künstler Christo dieses schwimmende Projekt eines unbeschreiblich schönen Landschaftsbildes, das er mit seiner verstorbenen Frau Jeanne Claude in der 1980er-Jahren entwickelte. „Es geht mir um Freude und Schönheit“, so Christo. Der dahliengelbe Stoff, der je nach Tageszeit mal goldfarben, mal gelb, mal orange leuchtete, wurde von der Setex-Gruppe in Hamminkeln-Dingden am Niederrhein hergestellt.

Doch der Gang über das Wasser war, wie alle Projekte des Künstlerpaares zeitlich begrenzt, sprich endlich und damit wohnte ihm auch der Zauber der Vergänglichkeit inne. Gut zwei Wochen konnten die Menschen über den See flanieren. Christo hat allen Realisierungsskeptikern zum Trotz, die Aufforderung an Petrus ernst genommen und Mut bewiesen. Vielleicht könnten die EU-Staaten auch aus dem Boot steigen, wenn Jesus sagt: Fürchtet euch nicht! und ein „floating pier“ über das Mittelmeer realisieren. Eine lebensrettende Aussicht für viele Flüchtlinge, die sonst Gefahr laufen, zu ertrinken.

Über eine Million Menschen nutzten die Chance, über das Wasser des italienischen Bergsees zu flanieren. Foto: dpa

Aachen hilft Bäuerinnen

Die bäuerliche Landwirtschaft steht derzeit nicht nur in Deutschland, sondern weltweit unter Druck. Forciert wird dies durch die Bundesregierung und das Entwicklungsministerium (BMZ), die verstärkt Agrarkonzerne im Rahmen von Kooperationen wie der „German Food Partnership“ und der „Neuen Allianz für Ernährungssicherung“ in Afrika unterstützen. Was als Armutsbekämpfung etikettiert wird, ist ohne Verpackung das Bedienen der Profitinteressen der Konzerne. Bereits 2013 kündigte das BMZ an: „Die Kartoffel muss nach Afrika!“ Dabei wird diese in Kenia bereits seit hundert Jahren angebaut und ist das zweitwichtigste Nahrungsmittel. Was fehlte, war der Einsatz von Kartoffelsorten von Europlant und Solana, Pestizide von Bayer CropScience und Landwirtschaftsmaschinen von Grimme, die für das aus Steuergeldern in Höhe von 700.000 Euro geförderten Kartoffel-Pilotprojekt eingesetzt wurden. Für diese Unternehmen ist die Kartoffel ein strategisch wichtiges Wirtschaftsprodukt.

„ACKERN FÜR DIE ZUKUNFT!“

Ein Zwischenbericht im letzten Jahr kommt zu dem Schluss, dass „die Saatkartoffeln aus Deutschland importiert wurden.“ Dass in den benachbarten Ländern wie Uganda und Ruanda in den letzten Jahrzehnten relativ viele Kartoffelsorten entwickelt wurden, die oft sogar wesentlich angepasster an die lokalen Bedingungen sind. „Aufgrund der Kooperation mit deutschen Unternehmen wurden den kenianischen Bauern und Bäuerinnen neben ihren bereits verfügbaren kenianischen nur deutsche Saatkartoffeln angeboten“, so die Hilfsorganisation Oxfam in einem Resümee. „Leider verfolgt das BMZ alte Wege und setzt auf die konventionelle Landwirtschaft nach europäischem Vorbild: Großflächiger Anbau, umfassender Maschineneinsatz, optimiertes Saatgut und intensiver Einsatz von Düngern gehören bei uns zum Credo und werden auf die Verhältnisse vor Ort übertragen. Außerdem wendet man sich mit Vorliebe an männliche Verhandlungspartner“, beklagt der Aachener KAB-Arbeitskreis Madagaskar.

Kartoffelanbau und kleinbäuerliche Landwirtschaft in Afrika ist vorwiegend Frauensache und ernährt somit immer auch viele Familien. Der Arbeitskreis Madagaskar der KAB der Diözese Aachen appelliert an Landwirtschaftsminister Gerd Müller, „die Ansätze zur ländlichen Entwicklung im globalen Süden stärker als bisher an den Bedürfnissen der Frauen zu orientieren. Unter dem Slogan „Ackern für die Zukunft – Bäuerinnen denken weiter!“ wendet sich die KAB Aachen mit einer Unterschriftenliste an Minister Müller, sich mit der Entwicklungshilfe für Mitbestimmungsrechte für Frauen auf lokaler und internationaler Ebene einzusetzen. Zudem Frauen den Zugang zu Land, Ausbildung und über das eingesetzte Saatgut selbst bestimmen sollen. Damit appelliert die KAB Aachen für eine bäuerliche Landwirtschaft und spricht sich gegen Agrar- und Chemiekonzerne aus. Die Unterschriften der Petition an den Minister werden am 15. Oktober 2016, dem „internationalen Tag der Frauen in den ländlichen Gebieten“, überreicht.

Mehr infos unter www.mtc-madagaskar.de

Kamerun-Partnerschaft ist Freundschaft

Kölns KAB-Stadtverbandsvorsitzende Hildegard Lülsdorf ist seit Anfang Juli im Vorstand von Weltnotwerk. Impuls fragt sie zur Partnerschaft mit der MTC Kamerun.

Impuls: Frau Lülsdorf, Sie waren im Sommer 2015 mit einer Delegation des KAB bei der MTC-Kamerun. Was zeichnet die Partnerschaft aus?

Hildegard Lülsdorf: Nach dem langen Flug und der Landung in Yaounde denkt man an ein fremdes Land. Doch der herzliche Empfang unserer Partnerbewegung am Flughafen fängt einen sofort auf. Die Herzlichkeit beruht natürlich auch auf der langen Beziehung zwischen dem Stadtverband Köln und der MTC Kamerun. Auch auf der über 3.000 Kilometer langen Rundreise ist uns diese Herzlichkeit und Hilfsbereitschaft immer wieder begegnet. Bei den Begegnungen in den fünf Diözesen ist deutlich geworden, dass die Partnerschaft nicht nur auf Augenhöhe gelebt wird, sondern freundschaftlich ist. Es war für die Frauen und Männer der MTC selbstverständlich, dass wir bei ihnen im Dorf mit wohnen. Selbst nach anstrengenden Fahrten zu den abgelegenen Basisgruppen erwartete uns große Freude. So harrten die Frauen und Männer einer MTC-Gruppe im Urwald bis tief in die Nacht aus, um unsere verspätete Ankunft weit nach Mitternacht mit uns zu feiern und uns zu beköstigen. Alles bei Gesang und großer Freude.

Impuls: Was lernt man aus einer Partnerschaft über Kontinente hinweg?

Hildegard Lülsdorf: Die direkten Besuche sind natürlich sehr wichtig. Auch für die KAB in Köln. So waren im Zuge des Welttreffens die MTC-Sekretärin Bertha Malla und MTC-Vorsitzender Kevin Momendeng bei uns zu Besuch und lernten Land und Leute kennen. Die unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen müssen gesehen und verstanden werden. Der Austausch über E-Mail und Telefon oder neuerdings Skype kann diese vertrauensvolle Grundlage allein nicht schaffen.

Mit der beiderseitigen Erfahrung können wir konkret Projekte angehen und umsetzen. Erfolg und Misserfolg werden gemeinsam getragen. Und die Erfahrung, dass Geduld auch zum Erfolg gehört, konnte ich in einem Frauenprojekt vor Ort erleben, in dem Einkaufstaschen hergestellt werden. Ich selbst konnte mitarbeiten und mich in ihre Arbeitssituation versetzen.

Partnerschaft bedeutet Vertrauen und Freundschaft. Hildegard Lülsdorf (links) bei ihrem Besuch bei der MTC Kamerun. Foto: Erlenkötter

REISEFILM GEGEN SPENDE

Der Film über die KAB-Reise durch Kamerun kann gegen eine Spende erworben werden.
Weltnotwerk der KAB
Telefon: 02 21-7 72 21 45
Konto Pax-Bank:
DE80 3706 0193 0016 1510 25

Anzeige

Traumhafte Tage im Bayerischen Wald mit Ihrer Reisegruppe im
**** Romantik-Posthotel zwischen Donau und Böhmerwald

Romantik **** Posthotel zum verlieben!

Wir sind seit Generationen familiengeführter Hotelbetrieb mit neusten Komfortzimmern. Neue großzügige Bäderlandschaft mit verschiedenen Saunen und Ruheoasen zum Wohlfühlen, Massage & Kosmetiksalon,historischer Weinkeller mit einem Rittermahl - der Höhepunkt Ihrer Gruppenreise, 2 Kegelbahnen, Tiefgaragen, präm. Küche mit HP versch. Wahlmenüs:Frühstücks- und Salatbufett. Zentrale Lage für sämtliche Ausflugsfahrten nach Passau, Österreich oder Böhmerwald usw.
Familie Dafinger · 94133 Röhrnbach · Marktplatz 1

7 Tage ab 315,- € HP/p. P.
BUCHEN SIE RECHTZEITIG FÜR 2017

Tel 085 82-80 88 - Fax 808 600 - www.romantik-posthotel.de

Anzeige

Seniorengerecht & barrierefrei für Gruppen & Einzelreisen
Hallenbad, Sauna, Dampfbad, Infrarot, Panoramalage, Lift

Staatl. anerk. Erholungsort in Franken, 90 km Wanderw. Alle Zi. Du/WC/TV/Safe/Fön/WLAN, **Lift,** HP 42 €, EZZ 10 €, inkl. Kurtaxe, **Livemusik,** Reiseleitung, Grillen, Wellness, Kegeln, rollstfrdl. Zimmer. Prosp. anf. **Ideale Ausflugsmöglichkeiten.**

Landhotel Spessartruh, Wiesener Str. 129, 97833 Frammersbach,
Tel. 09355-7443, Fax -7300, www.landhotel-spessartruh.de

Anzeige

DUBLIN • KERRY • CLIFFS OF MOHER

Irland - die grüne Insel am Rande Europas lädt Sie zu einer stimmungsvollen Rundreise durch Landschaft, Geschichte und Kultur ein!

Flug ab Düsseldorf (weitere Abflüge auf Anfrage)

Reisetermin: 25.09.2016 bis 02.10.2016

p.P. im DZ: ab € 1.100 • EZ-Zuschlag: € 200

www.**ketteler-ferienwerk**.de

LEISTUNGEN

- 8 Tage Rundreise
- 7x Übern. in *** - Hotels
- 7x Frühstücksbüffet
- 7x Abendessen in Hotels
- inkl. gr. Ausflugs- und Besichtigungsprogramm
- inkl. Eintrittsgelder
- Qualifizierte deutschsprachige vor Ort Reiseleitung
- u.v.m.

INFORMATION & BUCHUNG

ketteler ferienwerk
reisen mit der kab deutschlands
ein Produkt der Kultour Natour GmbH, Dormagen

Hamburger Str. 1 •
41540 Dormagen
E-Mail: info@ketteler-ferienwerk.de

✆ **02133 - 26 22 05**

„Von wegen schwäbische Hausfrau!“

Die Sprache der Politik versucht oft mit Begriffen Zusammenhänge zu verschleiern / Zwei Autoren entlarven politische Propaganda

Die politische Sprache ist ein Kampf mit Wörtern um Wörter, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die drei bekanntesten und gängigsten Methoden dazu sind benennen, besetzen und beschönigen. Da werden tödliche Bomben auf Zivilisten zu einem „Kollateralschaden“ erklärt, sozusagen als Beule am Auto. Die Journalisten Daniel Baumann und Stephan Hebel haben in ihrem Buch „Gute-Mach-Geschichten“ Begriffe der politischen Propaganda untersucht. Impuls-Mitarbeiter Thomas Gesterkamp befragte die beiden Autoren.

Impuls: Herr Hebel, Herr Baumann, was versteckt sich hinter so einem positiven Begriff wie „Eigeninitiative“?

Stephan Hebel: Von „Eigeninitiative“ wird immer gern gesprochen, wenn es um den Abbau von Sozialleistungen geht. Oder um einen Begriff wie „sozial Schwache“, der Armut indirekt zur persönlichen „Schwäche“ der Armen erklärt. Wir dachten: Wenn „Wettbewerbsfähigkeit“ nichts anderes heißt als Kostensenkung und mit „Bürokratieabbau“ fast immer der Abbau von Schutzrechten gemeint ist, dann kann das nicht einfach so stehenbleiben.

Daniel Baumann: Unser Buch ist nach Art eines Lexikons aufgebaut, und es enthält fast durchweg Begriffe, die von Lobbygruppen und ihnen gewogenen Politikern in die Öffentlichkeit lanciert und leider auch von Medien oft allzu bereitwillig aufgenommen werden.

Impuls: Deshalb so ein erklärendes Lexikon?

Hebel: So einfach ist das Durchschauen nicht. Nehmen Sie mal die „schwäbische Hausfrau“. Dass der Staat anders als die „Hausfrau“ auch seine Einnahmen steuern kann – deshalb heißen

Nicht nur bei Neujahrsansprachen versuchen Bundeskanzler/-innen ihre Politik mit schönen Worten dem Volk zu erklären.

Steuern ja Steuern –, wird gezielt unterschlagen, um das ideologische Tabu gegenüber einer gerechteren Besteuerung am oberen Ende wie ein Naturgesetz erscheinen zu lassen. „Lingua Blablativa“ ist eine schöne Wortschöpfung, aber sie birgt auch eine Gefahr: dass sich viele Menschen achselzuckend oder gar wütend von dem ganzen „Blabla“ abwenden und gar nicht versuchen, die Codes zu knacken, mit denen eine Politik auf Kosten der Mehrheit verkauft wird.

Impuls: Gute-Macht-Geschichten, das klingt einschläfernd – was ist damit gemeint?

Baumann: Es geht darum, dass im politischen Diskurs mit bestimmten Begriffen operiert wird, bei deren Verwendung in den Köpfen der Bürger sofort eine bestimmte Geschichte losrattert. „Demografie“ ist so ein Beispiel. Die allermeisten Menschen assoziieren damit ein Niedergangsszenario, obwohl das überhaupt nicht angebracht ist. Folglich können Sie mit der Demografie alle möglichen sozialen Grausamkeiten begründen. Es handelt sich um einen dieser Begriffe mit sedierender (ruhig stellender) Wirkung.

Hebel: Wir meinen, dass es vielen Politikern sehr recht ist, wenn die Mehrheit die Augen vor der sozialen Ungerechtigkeit verschließt. So lässt sich Sozialabbau durchsetzen, ohne Protest befürchten zu müssen – denken Sie zum Beispiel an die Zusatzbeiträge der Krankenkassen. Wir zitieren im Buch den Politologen Martin Greiffenhagen, der sagt: „Wer die Dinge benennt, beherrscht sie.“ Das heißt: Wie über Wirklichkeit gesprochen wird, das verändert auch die Wirklichkeit. Wenn es gelingt, die Verarmung von Millionen Griechen als Steigerung der „Wettbewerbsfähigkeit“ darzustellen, ist die politische Stimmung auch bei uns eine andere, als wenn der politische Imperativ der Armutsbekämpfung, also der Gerechtigkeit, die Hegemonie in der Debatte erobern würde. Wir wollen dazu beitragen, das sprachliche Monopol, mit dem der Neoliberalismus sich für „alternativlos“ erklärt, zu durchbrechen.

Impuls: Warum sind die Medien so anfällig für politische Propaganda?

Baumann: Ich würde nicht pauschal von „den Medien“ sprechen. Das wird der großen Vielfalt der Publikationen nicht gerecht und fördert den Verdruss. Es gibt weiterhin sehr gute Informationsangebote – Blogs im Internet eingeschlossen. Man muss sich aber auch die Mühe machen, die Titel zu finden und zu lesen, die sich durch eine kritische Herangehensweise auszeichnen.

Impuls: Warum verwenden viele Journalisten regelmäßig die von Lobbyisten lancierten Begriffe?

Baumann: Journalisten sind natürlich ebenfalls Ziel politischer Lobbyarbeit. Diese Geschichten, die da in ständiger Wiederholung an einen herangetragen werden, erscheinen in den meisten Fällen inhaltlich erst einmal schlüssig. Es erfordert Mühe, sie zu durchschauen. Sicher gibt es Kollegen, die sich diese Mühe nicht machen – oder die mit diesen Geschichten schlichtweg einverstanden sind. Man muss aber auch sehen, dass durch die Ausdünnung der Redaktionen immer häufiger die Zeit für Recherche und Reflektion fehlt. Auch mir sind solche Gute-Macht-Geschichten in der Hektik schon durchgerutscht. Man muss sich ein Immunsystem dagegen zulegen, das automatisch Alarm schlägt.

Impuls: In der Debatte um die Agenda 2010 wurde der ursprünglich emanzipatorisch gemeinte Begriff „Reform“ umdefiniert und mit dem Abbau von Sozialleistungen in Verbindung gebracht. Was erklärt den Erfolg solcher Sprachmanipulationen auch im Umfeld rotgrüner Politik?

Baumann: Ich sehe es so, dass diese Umdeutung eines Begriffs letztlich das Symptom eines neuen politischen Programms war. Als die SPD mit Gerhard Schröder auf einen neoliberalen Kurs eingeschwenkt ist, war es strategisch natürlich sehr vorteilhaft, unter dem Mantel eines positiv besetzten Begriffs wie dem der Reformen nun Sozialabbau zu betreiben. Letztlich haben die Sozialdemokraten mit der Adaption einer anderen politischen Agenda eben auch das dazugehörige Vokabular übernommen. Die SPD hat ja sogar mal versucht, den Begriff Gerechtigkeit durch Fairness zu ersetzen. Das ist aber gescheitert.

Impuls: Was kann man, neben einem solchem Mythen-Lexikon, gegen politische Propaganda tun?

Hebel: Das Erste ist: Nicht weghören, sondern zuhören mit kritischer Distanz. Und zwar auch, aber nicht nur als Journalistin oder Journalist. Wir hoffen, dass unser Buch dabei hilft, aber es gibt auch noch andere sprachkritische Initiativen. Denken Sie an die Aktion „Unwort des Jahres“, bei der ich neben vier Sprachwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern in der Jury sitze. Da findet jedes Jahr eine tolle Diskussion über die manipulative Kraft von Wörtern statt, und die Unwörter, die dabei herauskommen, sollen Anregung zum kritischen Hinhören geben.

Olympia in Rio – „Mächtige machen ihr Spiel!“

KAB-Vertreter im Bündnis „Rio bewegt.Uns!“ hat die Menschen in Rio besucht

In ein paar Tagen starten die Olympischen Sommerspiele in Rio. Eigentlich soll der Sport dem Frieden und den Menschen dienen, doch Fußball-Weltmeisterschaft vor zwei Jahren, die Olympischen und Paralympischen Spiele in diesem Jahr haben in dem Schwellenland Brasilien die soziale Spaltung deutlich gemacht. Notwendige Gelder für Bildung, Schulen, Straßen und Gesundheitsvor- und -versorgung flossen in Sportarenen und Prestigeobjekte (Impuls berichtete). Erst jüngst meldete die Stadt Rio ihre Zahlungsunfähigkeit. KAB, Misereor, Adveniat und viele andere Hilfswerke machten auf diese Probleme aufmerksam. Katholikentagsbesucher strampelten sich auf dem Laufband ab, um Kilometer abzulaufen und somit Gelder für Entwicklungs- und Sozialprojekte zu sammeln.

Dennoch freut sich Paula von der MTC Brasilien auf die vielen Menschen aus der ganzen Welt. „Es wird sehr interessant, die Menschen bei uns zu Gast zu haben“, erklärt die berufstätige Ingenieurin und Mutter eines fünfjährigen Kindes. Stolz ist Alfredo, der verheiratete Berufsoffizier. Er hat sein Kind auf die Privatschule gebracht, weil in den staatlichen gekürzt und gespart wird. „Ich erhoffe mir ein wenig Glanz von den Spielen auch für Rio. Die Stadt hat viel geleistet, die Sportstätten, die Infrastruktur und der neue Glanz von Rio gefällt mir“, erzählt er Heribert Kron, der im Auftrag der KAB die Aktion „Rio bewegt. Uns!“ in Brasilien Ende Juni vertrat.

KÜRZUNGEN IM BILDUNGSBEREICH

Dagegen ist das Ehepaar mit zwei Kindern, das in der Patoral in einer Favela hilft, überhaupt nicht begeistert, dass Rio Austragungsort wurde. „Nein, wir können uns nicht freuen. Eine Feststimmung wird bei den Menschen in der Favela nicht aufkommen. Wegen der vielen Kürzungen und Streichungen im Sozial-, Erziehungs- und Verkehrswesen hat sich unsere Lebenssituation sehr verschlechtert.“ Noch deprimierter ist Maria. „Worauf soll ich mich freuen? Ich habe mit Olympia nichts zu tun! Meine Buslinie wurde eingeschränkt, ich brauche fast eine Stunde länger, um zur Arbeit zu

Milliarden Euro wurden für die WM und für Olympia ausgegeben.

Seit der Fußball-Weltmeisterschaft 2014 gehen die Menschen in Brasilien auf die Straße und kämpfen für Bildung und Gerechtigkeit. Fotos: Kron

kommen“, erzählt die Frau, die in den Favelas lebt. Einige Favelas wurden wegen der WM und den Olympischen Spielen brutal mit Baggern über Nacht abgerissen. Die Menschen erhielten erst später eine kleine Entschädigung.

Noch bevor das Olympische Feuer brennt, erlebt Paula Einschränkungen. „Schon jetzt wurde die medizinische Versorgung durch die Reduzierung der Öffnungszeiten eingeschränkt, in der Schule meines Kindes wird an allem gespart“. Und auch während der Spiele rechnet sie mit Beschränkungen, Kontrollen und weiteren Verkehrsstaus zur jetzt schon überlasteten Verkehrsinfrastruktur.

Wie bei der Fußball-WM, als Deutschland Weltmeister wurde, haben die Menschen in den Favelas nichts. „Was ist denn mit den Leuten, die ihre Wohnung verloren haben? Die können niemanden bestechen, dass sie eine bessere Wohnung bekommen – Was glaubst Du?“, fragt Maria resignierend. Das weiß auch das helfende Ehepaar. „Erst einmal ändert sich vieles zum Schlimmeren. Hilfen, um aus der Favela herauszukommen, gibt es nicht. Wohnungsbauprojekte waren versprochen, wir haben noch keines gesehen!“, beklagen sie.

Selbst der Olympia begeisterte Alfredo sieht die Folgen. „Die Fußball-WM hat uns ein renoviertes und verbessertes Maracana-Stadion gebracht. Das ist toll, wenngleich die Folgekosten heute noch sehr hoch sind“, gesteht er ein. Er befürchtet eine Katerstimmung „Der Glanz wird schnell verflogen sein und der Alltag wird grauer werden. Die korrupten Geschäftemacher und das Olympische Komitee haben verdient, sonst keiner“, erklärt der Berufssoldat. Am Ende will Maria nur ihre Ruhe, die Spiele seien „Quatsch“. „Die Mächtigen machen ihr Spiel, uns wollen sie vergessen!“ **Heribert Kron**

Rio-Konferenz: 100 Tage Frieden

Damit sich die Lebenssituation der Menschen außerhalb der Stadien während und nach den Olympischen und Paralympischen Spiele in Rio de Janeiro nachhaltig verbessert, haben die Teilnehmenden des Kongresses „100 Tage Frieden“ eine Selbstverpflichtung unterzeichnet. Die Erklärung bezieht sich auf die Werte der Olympischen Charta, der Agenda 2020 des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und auf die Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen sowie die Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus. Die Verantwortlichen in Politik und Sport setzen sich in Rio de Janeiro dafür ein, den Zugang für alle Bevölkerungsgruppen (ohne Rücksicht auf Herkunft, Hautfarbe, sozialen Status) zu den Spielen zu gewährleisten. Gleichzeitig sollen keine Diskriminierungen stattfinden, damit der Frieden gewährleistet ist, und allen Menschen soll die Möglichkeit geboten werden, Sport zu machen. Die Unterzeichner verpflichten sich darüber hinaus, die sanitäre Grundversorgung für die Menschen in Rio sicherzustellen und mit Projekten sozial benachteiligte Gruppen nachhaltig zu fördern. Unterzeichner sind neben der KAB auch Misereor, Kolping, Adveniat, DOSB und BDKJ.

Anzeige

Zwischen Bamberg und Coburg, waldreiche Gegend. Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten, Du/WC/TV, Lift, HP 5 Tage ab 179 €. Zur Sonne, 96126 Pfaffendorf, Tel. (0 95 35) 2 41, Prospekt, www.zur-sonne-urlaub.de

Gänsebraten für Arme

Er ist nicht nur ein bekennender Fan des Fußball-Bundesligisten Hertha BSC Berlin, sondern auch ein singender Fan für seinen Club: Frank Zander. Viele kennen ihn mit dem Hitparaden-Song: „Hier kommt Kurt!“ Doch der Berliner Entertainer ist nicht nur für seine gute Laune bekannt, sondern auch für sein großes Herz und sein soziales Engagement. Das beweist der heute 74-Jährige jedes Jahr zu Weihnachten. Seit zwanzig Jahren lädt Zander Obdachlose zum Weihnachtsessen ins größte Hotel Europas, das Estrel Convention Center, ein. Als er 1995 auf Schloss Diedersdorf (Teltow) begann, ahnte er nicht, dass es zur Tradition wurde. Selbst Bundespräsident Horst Köhler half seinerzeit mit, die Essen zu verteilen. Mittlerweile bewirtet er auf Weihnachten fast 3.000 Menschen mit Gänsebraten. Dietmar Woidke, SPD-Ministerpräsident des Landes Brandenburg, verlieh ihm dafür den Brandenburger Verdienstorden. Foto: Esser

Frank Zander: „Hier kommt Kurt! Ohne Helm und ohne Gurt ...“

Der Glaube zum Erfolg

„Die Welt wird nicht besser, nur weil augenscheinlich perfekte Menschen in ihr leben“, hatte Papst Franziskus in einem Gottesdienst für Behinderte diesen ermutigend erklärt. Vielleicht deswegen hat sich der Heilige Vater wenige Wochen später nur kurz mit Miss Germany unterhalten, die sich mit der schwarz-rot-goldenen Schärpe ihm auf dem Petersplatz präsentierte und ihm ihr Buch „Das Schöne in mir – Mit Glaube zum Erfolg“ überreichte.
Die im münsterländischen Havixbeck unterrichtende Referendarin Lena Bröder wurde im Frühjahr von einer Jury um den CDU-Politiker Wolfgang Bosbach zur sogenannten Miss Germany gewählt. Die katholische Schönheitskönigin Bröder war von der Begegnung mit Franziskus sehr bewegt. „Ich habe ihm gesagt, dass ich für ihn bete“. Anschließend machte die zukünftige Religionslehrerin ein Selfie: Die Schöne und der Papst.

Lena Bröder: „Ich bete für Papst Franziskus“

Glauben im Alter

Bernd Merbitz war Mitglied der SED, bis 1989 Leiter der Leipziger Mordkommission. Nach der Wende leitet er die Stabstelle Staatsschutzabteilung in Sachsen, Schwerpunkt Rechtsradikalismus. Was er erlebt hat, lässt ihn Fragen stellen, an sich selbst und an Gott. Die Kirche ist Ort, wo „man offen und über alles reden kann“. 2012 wird Merbitz mit 56 Jahren Katholik. „Wenn ich aus der Kirche heraus gehe, habe ich das Gefühl einer eigenen Stärke. Nicht vor Kraft strotzend, sondern eine innere Stärke, diese auch anderen mitzugeben“. Dass der 100. Katholikentag in Leipzig stattfand, machte ihn stolz. Nicht zuletzt hat auch sein Bekenntnis zum Glauben die ZdK-Vollversammlung überzeugt, den Katholikentag in seiner Stadt sattfinden zu lassen. „So hab ich meine Heimatstadt immer gewünscht – ein Klima der Menschlichkeit, der Wärme offen, offen für alle Gespräche international und friedlich. Foto: MDR

Bernd Merbitz: „Der Glaube gibt mir eine innere Kraft!“

Migration gehört zur Menschheit dazu

Dresdner Ausstellung: Migration. (Aus-)Wanderung, Flucht, Vertreibung

Auch wenn derzeit mehr als 65 Millionen Menschen auf der Flucht sind, ist Flucht und Migration kein Phänomen des 21. Jahrhunderts. Nach dem 2. Weltkrieg waren 15 Millionen Menschen, sogenannte „displaced persons“, die aufgrund der Kriegsereignisse und Vertreibung Haus, Hof und Heimat verloren, auf der Suche nach einem Dach über dem Kopf. Zehn Jahre später verließen Zigtausende die sowjetische Besatzungszone aus wirtschaftlichen und politischen Gründen. Im Kalten Krieg versuchten wiederum viele Menschen mit Hilfe von Fluchthelfern, kleinen Booten oder sogar Heißluftballons den eisernen Vorhang und Mauer zu überwinden. Und manche umgekehrt, wie die Eltern der heutigen Bundeskanzlerin.

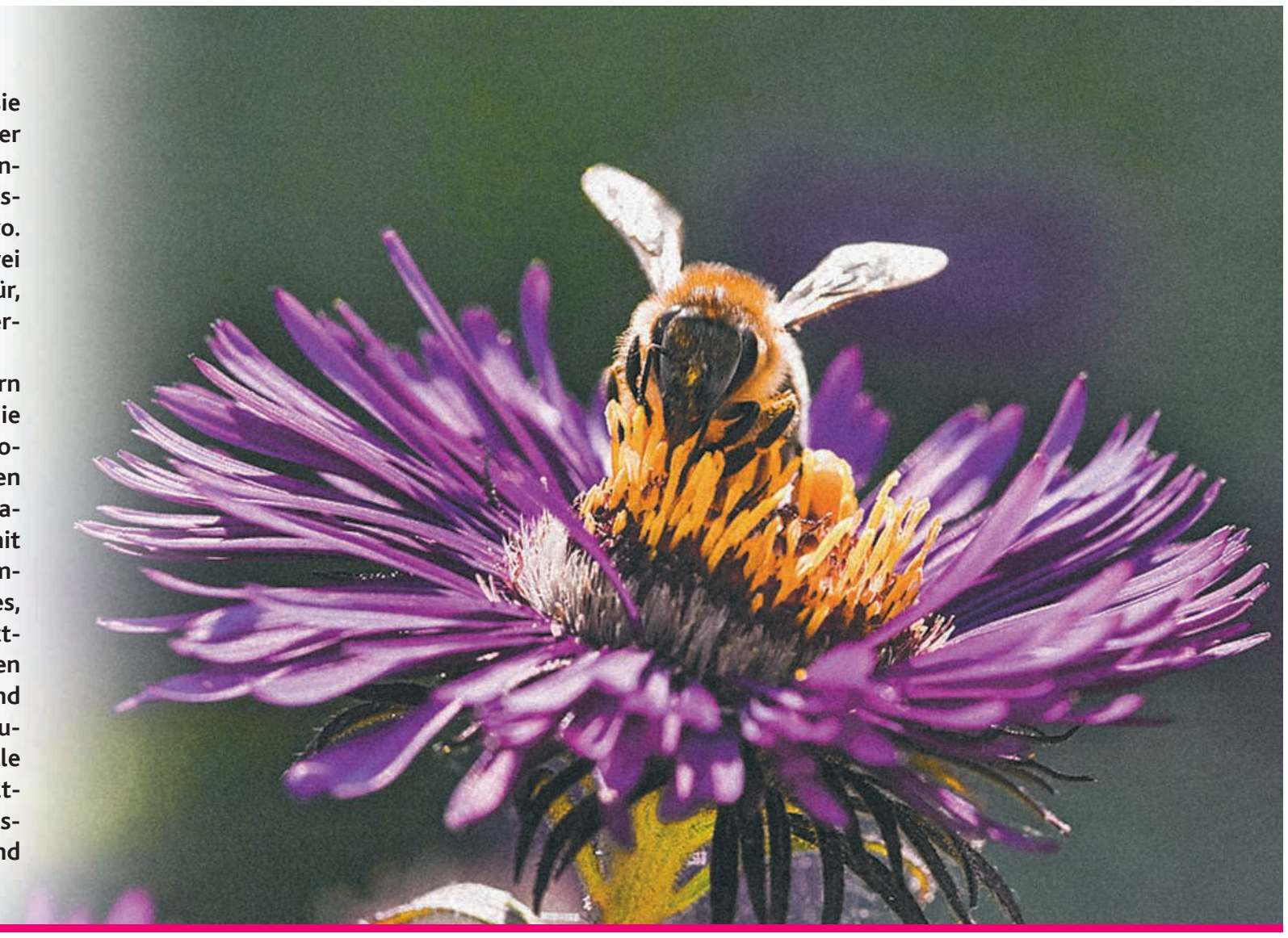
MIGRATION DER DINGE

Die Dresdner Ausstellung zu Migration und Flucht zeigt nicht nur Exponate der jüngsten Fluchtversuche und Flüchtlingskrise, denn Migration durchzieht Deutschland seit Urzeiten. Ob im 19. Jahrhundert Donauschwaben sich per Schiff auf den Weg machten, oder bereits viele Völker zur Zeit der Völkerwanderung. Die Ausstellung zeigt die breiten Facetten der Thematik. Nicht zuletzt präsentiert sie die „Migration der Dinge“. Ob Fußball, Kaffee, Zahlen, Jeans oder Bier, die vielfältigen Dinge und Produkte, die durch Migration in unseren Alltag Eingang gefunden haben, scheinen endlos zu sein. Gerade in der derzeitigen Diskussion trägt die Ausstellung in der sächsischen Landeshauptstadt zur Versachlichung bei. Bezeichnend ist, dass sich das Verkehrsmuseum dieser Thematik geöffnet hat. Die Sonderausstellung „Migration. (Aus-)Wanderung, Flucht, Vertreibung“ ist noch bis zum 30. Dezember 2016 im Dresdner Verkehrsmuseum (Augustusstraße 1) zu sehen.

BARMHERZIGER GOTT,
unsere Erde ist nur ein kleines Gestirn im großen Weltall.
An uns liegt es, daraus einen Planeten zu machen,
dessen Geschöpfe nicht von Kriegen gepeinigt werden,
nicht von Hunger und Furcht gequält,
nicht zerrissen in sinnlose Trennung
nach Volk, Hautfarbe oder Religion.
Du hast uns erschaffen,
damit wir miteinander in Frieden leben,
als Schwestern und Brüder.
Gib uns Mut, Idee und Kraft,
miteinander für mehr Gerechtigkeit und Frieden
auf dieser Erde zu arbeiten. Lass uns heute beginnen.

Bienchen summ herum ...

Mit ihrer Wirtschaftsleistung können sie mit denen der Chemieriesen Bayer oder Monsanto lässig mithalten. Wissenschaftler schätzen ihre Wirtschaftsleistung weltweit auf 154 Milliarden Euro. Mit nur einer Größe von lediglich zwei bis drei Zentimetern sorgen sie dafür, dass die gesamte Menschheit nicht verhungert.
Bienen liefern nicht nur Honig, sondern sind wichtige Bestäuber. Besonders die US- und EU-Agrarwirtschaft mit den Monokulturen ist von der unermüdlichen Arbeit dieser Tiere abhängig. Doch gerade diese intensive Landwirtschaft mit dem Einsatz von Pestiziden und die Umweltfaktoren des Klimawandels sind es, die dem neben Schwein und Rind drittwichtigsten Haustier des Menschen den Garaus machen. Seit dem Jahr 1989 sind über sieben Millionen Bienenvölker in Europa verschwunden. Forscher aus Halle haben festgestellt, dass auch der Welthandel seinen Anteil dazu beiträgt. Günstiger Import-Honig aus dem Ausland lässt die heimische Imker „sterben".



10 KAB IMPULS Allgemein
cyan magenta yellow schwarz